

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Michael Schmidbauer
Kabelfernsehen in der
Bundesrepublik und in anderen
westeuropäischen Ländern

Gerhard Vowe/Gernot Wersig
„Kabel-Demokratie“ – der Weg
zur Informationskultur

ISSN 0479-611 X

B 45/83
12. November 1983

Hermann Meyn
Drähte, die die Welt umspannen:
die Nachrichtenagenturen

Michael Schmidbauer, Dr. phil., geb. am 8. 5. 1940; Studium der Psychologie und Soziologie in München; Leiter des Instituts für Telekommunikation in München.

Veröffentlichungen u. a.: Kabelfernsehen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Interessen von Wirtschaft, Politik und Publikum, München 1982; (zus. mit Paul Löhr), Die Kabelpilotprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, München 1983; Das Satellitenfernsehen für die Bundesrepublik Deutschland. Bedingungen und Möglichkeiten des Direktfernsehens via Satellit, Berlin 1983.

Gerhard Vowe, geb. 1953, Dipl. Pol., Dr. phil.; ehemals Assistent am Arbeitsbereich Informationswissenschaft der Freien Universität Berlin; z. Zt. am Institut für Politikwissenschaft an der TH Darmstadt tätig.

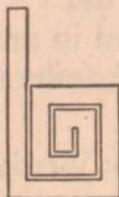
Veröffentlichung u. a.: Interpretation von Wissenschaft und Gesellschaft. Der Beitrag von Information und Kommunikation, 2 Bd., Berlin 1983.

Gernot Wersig, geb. 1942, M. A., Dr. phil.; seit 1977 Professor für Informations- und Dokumentationswissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichung u. a.: (Hrsg.) Informatisierung und Gesellschaft. Wie bewältigen wir die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien?, München etc. 1983.

Hermann Meyn, Dr. phil., geb. 1934; 1964—1969 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin; 1969—1972 Redakteur beim „Spiegel“; 1972—1979 Chefredakteur der Zeitschrift „journalist“; 1979—1981 Sprecher des Senats und Leiter des Presse- und Informationsamtes in Berlin; seit 1981 Freier Journalist in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Deutsche Partei, Düsseldorf 1965; Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, völlig überarbeitete Neuaufgabe, Berlin 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter- richtung und Urteilsbildung.

Kabelfernsehen in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern

I. Die aktuelle Situation

Die sogenannten neuen Informations- und Kommunikationstechniken basieren auf der Zusammenschaltung von Computer-, Kabel- und Bildschirmtechnik. Die aktuelle Situation im Bereich dieser Techniken wird insbesondere durch die folgenden Trends gekennzeichnet:

— durch die rasante Entwicklung und produktivitätssteigernde Anwendung zunehmend leistungstärkerer und arbeitsrationalisierenderer Mikroprozessoren — vor allem in der Meß-, Steuerungs- und Regeltechnik, in der Datenverarbeitung, in der Nachrichtentechnik, im Sektor „Haushaltsgeräte“ und in der Unterhaltungs- und Freizeitelektronik;

— durch die forcierte Digitalisierung und Optoelektronisierung der Informationsverteilung und Informationsvermittlung, was nicht nur zu einer Vielzahl von schmal- und breitbandigen Übertragungsmöglichkeiten führt, sondern auch zu einer — schon mittelfristig erreichbaren — Vereinheitlichung dieser Möglichkeiten in einem, nämlich im Glasfaser-Netz;

— durch die geplante massive Ausweitung des Medienangebots in Form von Programmen und Diensten — offeriert insbesondere von Bildschirmtext und Kabelfernsehen (sowie den hieran gekoppelten Satellitenzuspielungen).

Die folgende Skizze bezieht sich auf den letztgenannten Punkt. Das bedeutet nicht, daß damit alle Probleme, die über den medienpolitischen Rahmen hinausgehen (Rationalisierung, Veränderung der Arbeitsplatz- und Beschäftigtenstruktur, Überwachungsmöglichkeiten, Datenschutz etc.), geringgeschätzt würden. Es bedeutet nur, daß im vorliegenden Zusammenhang mit Nachdruck die medienpolitische Qualität zur Diskussion gestellt wird, die sich mit einem Bereich der Verkabelung, der Breitbandverkabelung, verbindet und hier am

Beispiel des Kabelfernsehens (Kabelprogrammfernsehen und Kabeldienste) illustriert wird¹⁾.

1. Kommunikationsmöglichkeiten des Kabel-TV

Die Möglichkeiten des Kabel-TV sind auf die folgenden spezifischen Qualitäten zurückzuführen:

— hohe Übertragungskapazität der Breitbandkabel;

— es können nicht nur Fernsehprogramme, sondern auch Kabeldienste (Informations-, Abruf- und Dialogdienste) befördert werden;

— die Kabelnetze können im lokalen, allenfalls regionalen Bereich, also als orts- und gemeindebezogene Inselnetze verankert werden, die allerdings auch — beispielsweise über Richtfunk und Satelliten — zu größeren Einheiten zusammengeschaltet werden können;

— die von der Zentrale eines Kabelnetzes sowohl ortsüblich empfangbaren wie auch „vor Ort“ produzierten Angebote können dem Teilnehmer zugespielt werden;

— die Besonderheit der sogenannten Rückkanal-Kommunikation läßt eine Verbindung von den Empfängern zur Kabelzentrale zu.

Insgesamt gilt so, daß mit Hilfe des Breitbandnetzes einerseits die Quantität der ortsüblich und teilnehmerindividuell empfangbaren An-

¹⁾ Vgl. M. Schmidbauer, Kabelfernsehen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1982; M. Schmidbauer/P. Löhr, Die Kabelpilotprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, München 1983. Als weitere Texte sind zu empfehlen: Ordnungspolitische Rahmen zur Nutzung der neuen Kommunikationstechniken — Synopse, Stand: 5. Mai 1983, in: Media Perspektiven, (1983) 7, S. 513ff.; K. Schrape, Ökonomische Perspektiven der Medienentwicklung, in: Media Perspektiven, (1983) 8, S. 533ff.; H. Kubicek, Soziale Folgen der Verkabelung, in: Medium, (1983) 9, S. 4ff.

gebote wesentlich erweitert werden kann und daß andererseits neue, sozusagen kabelspezifische Informations- und Kommunikationsleistungen (Lokal-TV, „Offener Kanal“, Kabelverteiltex, interaktive Dienste) sowohl im Bereich des Programmfernsehens wie in jenem der Dienste bereitgestellt werden können.

2. Die Kabelpilotprojekte in der Bundesrepublik²⁾

Die „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)“, die 1973 von der Bundesregierung eingerichtet worden war, empfahl 1976 in ihrem Abschlußbericht unter anderem, den Kabelrundfunk, das Kabelfernsehen in Form von Pilotprojekten zu erproben. Die KtK ergänzte ihre Empfehlung mit den folgenden, den Umriß der Projekte festlegenden Hinweisen:

— Die Projekte sollten mindestens 10 000 Privathaushalte umfassen, die in ihrer sozialen Zusammensetzung repräsentativ sind für die bundesdeutsche Bevölkerung.

— Es sollten unterschiedliche technische Realisierungen des Kabelnetzes, der inhaltlichen Angebote und der Endgerätekonfiguration erprobt werden.

— Die Probesysteme sollten hinsichtlich ihrer technischen und betrieblichen Bedingungen vergleichbar und so angelegt sein, daß sie in ein künftiges regionales oder bundesweites KTV-Netz integrierbar sind.

— Die Projekte sollten sich sowohl auf die Erprobung des Kabelrundfunks wie auf den Test von Kabeldiensten beziehen.

— Ermittelt werden sollten insbesondere die Akzeptanz und die Nutzungsweisen der Teilnehmer — auch und gerade unter der Voraussetzung eines neuartigen Angebots.

— Die Teilnehmer sollten für die Benutzung des Kabelnetzes und für die Partizipation an

Kabelrundfunk und Kabeldiensten solche finanziellen Mittel aufbringen, wie sie realistisch bei einem normalen Dauerbetrieb anfallen werden.

— Auf- und Ausbau der Kabelsysteme sollten durch eine sozial- und kommunikationswissenschaftliche Untersuchung begleitet werden.

Hieran anschließend und bedingt durch den Tatbestand, daß Rundfunkangelegenheiten Ländersache sind, beschlossen die Ministerpräsidenten der Bundesländer 1978 und 1980, daß in Dortmund, Ludwigshafen-Frankenthal, München und West-Berlin Pilotprojekte gestartet werden sollten. Zu bedenken ist hierbei, daß die Breitbandverkabelung in der Bundesrepublik durchaus nicht auf den Bereich der Kabelpilotprojekte beschränkt ist. Im Investitions- und Arbeitsplan der Bundespost spielt die bundesweite Verkabelung sowohl vor wie nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten eine bedeutende Rolle. Zur Zeit sind in der Bundesrepublik ca. 350 000 Wohneinheiten an Breitband-Anlagen angeschlossen, allerdings oft an Anlagen, die in ihrer Kapazität unter den Anforderungen liegen, die das Übertragungsvolumen der Pilotprojekte verlangt (aber leicht auf deren Niveau gebracht werden können). Raum für weitere Kabelprojekte ist also in vielen bundesdeutschen Regionen vorhanden.

Im folgenden wird in Form einer Übersicht der aktuelle Stand der Pilotprojekte verdeutlicht. Hauptthemen sind dabei jene Punkte, die auch in der medienpolitischen Diskussion an erster Stelle stehen: die Organisationsform, die Anbieterstruktur und die Finanzierung der Projekte. Nicht eingegangen ist in die Zusammenstellung die Situation in West-Berlin, da diese zur Zeit nicht überschaubar ist.

II. Aktueller Stand der Kabelpilotprojekte in Dortmund, Ludwigshafen-Frankenthal und München³⁾

1. Organisationsform

Unter diesem Titel vollzieht sich die Auseinandersetzung zwischen jenen, die auch den

Kabelrundfunk nach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunkprinzip organisiert sehen möchten, und jenen, die für private, privat-

²⁾ Vgl. dazu vor allem M. Schmidbauer/P. Löhr, a. a. O. (Anm. 1).

³⁾ Vgl. dazu: Ordnungspolitischer Rahmen ... a. a. O. (Anm. 1).

wirtschaftliche Nutzung der — die bisherige Beschränktheit der Sendefrequenzen aufhebenden — Kabelkanäle eintreten. Für letztere bleibt dabei allerdings das Problem, daß sie — entsprechend dem „Saarland“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts — angeben müssen, wie sie eine private, eine privatwirtschaftliche Trägerschaft an den Pluralismus der gesellschaftlichen Gruppierungen rückbinden. Für die Pilotprojekte sind aus dieser Auseinandersetzung die folgenden Konsequenzen gezogen worden:

Dortmund

— öffentlich-rechtliche Organisation im Rahmen des WDR und mit Unterstützung des ZDF; Einrichtung eines Projektbeirats, der sich aus den Vertretern der gesellschaftlichen Gruppierungen zusammensetzt und die Entwicklung des Projekts beratend begleitet; keine private, privatwirtschaftliche Trägerschaft; keine Wirtschaftswerbung in den für das Projekt vorgesehenen Rundfunkversuchsprogrammen (inklusive Dienste und Abrufprogramme)

Ludwigshafen

— eigenständige öffentlich-rechtliche Anstalt für Kabelkommunikation entsprechend dem Landesgesetz über einen Versuch mit Breitbandkabel; Kernpunkt der Anstalt die Versammlung als Rat der gesellschaftlich relevanten Kräfte, der in seinen Kontrollmöglichkeiten durch die Landesregierung eingeschränkt wird, die faktisch allein über die Zulassung eines Interessenten als Programm- und/oder Diensteanbieters entscheidet; private und privatwirtschaftliche Programm- und/oder Dienstreträgerschaft möglich, zu der die Landesregierung zuläßt und die die Versammlung kontrolliert; ebenfalls möglich kommunale Dienstreträgerschaft; Wirtschaftswerbung zugelassen

München

— privatrechtliche Betriebsgesellschaft (Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation GmbH), die auf der Basis eines Gesellschafts- und Grundvertrags die Programm-, Dienste- und Pay TV-Verteilung organisiert; Träger der Betriebsgesellschaft: Freistaat Bayern (20%); die Interessengemeinschaft Neue Medien GmbH (20%); die Bayern Tele GmbH (10%); die Mediengesellschaft

Bayerische Tageszeitungen GmbH (10%); die Industrie-, Handels- und Handwerkskammer Oberbayern und München (10%); die Landeshauptstadt München (10%); der Bayerische Rundfunk (10%); das ZDF (10%); die in das Kabelnetz eingespeisten Fernsehprogramme müssen nach Art. 111 a der bayerischen Verfassung öffentlich-rechtlich kontrolliert sein — zuständig für diese Programme sind daher BR und ZDF, die auch für die Kontrolle ausländischer Programme kompetent sind; Dienste und Pay TV stehen vorbehaltlos privatwirtschaftlicher Nutzung offen; wichtige Klausel im Vertragswerk: auch privatwirtschaftliche Interessenten haben die Möglichkeit, sich „innovatorisch“ an der Trägerschaft von eigenverantwortlich gestalteten Fernsehprogrammen zu beteiligen; Wirtschaftswerbung ist zugelassen.

2. Anbieter

Entsprechend den Bedingungen, die die Organisationsform vorgibt, stehen bisher die folgenden Anbieter — aufgeschlüsselt nach den Bereichen „Programm“ und „Dienste“ — fest:

Dortmund

— Programme: inländische Rundfunkanstalten

Dienste: inländische Rundfunkanstalten (Kabeltextverteildienst von WDR und ZDF)

Abruf- und Individualabrufprogramme: inländische Rundfunkanstalten

Offener Kanal: Bürgersendungen

Für die Dienste der Stadt Dortmund und die Anrufprogramme wird ein (schmalbandiger, das Telefonnetz nutzender) Rückkanal eingerichtet.

Ludwigshafen

— Programme: inländische Rundfunkanstalten

ausländische Rundfunkanstalten

Erste Private Fernsehgesellschaft mbH/EPF (Rheinpfalz-Verlag, Neue Medien GmbH-BDZV)

Programmgemeinschaft für Kabel- und Satellitenkommunikation/PKS (Deutscher Raiffeisenverband, Verband der Gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgesellschaften, REWE, EDEKA etc.)

Pilot-Medien GmbH (Landesvereinigung der

Unternehmerverbände, DIHT, BDI, BDA, BASF etc.)
das Unternehmen Aargus/Hamburg
die Agentur Markt + Meinung
die Sportprogrammgesellschaft ROFA
Apollo Film
Tristar Funk- und Fernsehgesellschaft mbH
Bertelsmann
Allgemeine Audiovisionsgesellschaft mbH
Verlag Frankfurter Allgemeine Zeitung
Warner Amex/USA
Beta Film (über PKS)
Landessportbund Rheinland-Pfalz
Deutsche Lesegesellschaft e. V.
German Television News GmbH
Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung in der Medizin GmbH
Landesaktionsgemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz
ProTV Programm- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.
Verlag Internationales Gesundheitswesen
Dienste: Erste Private Fernsehgesellschaft mbH (Kabeltextverteildienst)
Stadt Ludwigshafen (Informationsdienst)
Offener Kanal: Bürgersendungen

München

— Programme: inländische Rundfunkanstalten
ausländische Rundfunkanstalten
Interessengemeinschaft Neue Medien GmbH
Bayern Tele GmbH
Mediengesellschaft Bayerischer Tageszeitungen mbH
Bertelsmann
Holtzbrink
Tristar Funk- und Fernsehgesellschaft mbH
ROFA
Schallplattenverlag „Rüssel“ (Otto Waalkes)
Dienste: Bayern Tele GmbH (Teleschriftformen)
Landeshauptstadt München (Informationsdienst)

Wie der für das Münchner Projekt vorgesehene Rückkanal genutzt wird, ist noch nicht geklärt; ebenso wenig geklärt ist die Einrichtung von Pay TV-Möglichkeiten.

3. Kosten der Projekte für drei Jahre

Dortmund

90 Mio. DM (ohne die Kosten für den Kabeltext-Verteildienst und die Abrufprogramme)
Deckung: 35 Mio. DM von den 140 Mio. DM, die aus der Erhöhung der Rundfunkgebühr zum 1. 7. 1983 für die vier Pilotprojekte abgezweigt werden (nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Bundesländer von 1980)
2,7 Mio. DM Investitionszuschuß des Landes Nordrhein-Westfalen
? weitere Landeszuschüsse
? Teilnehmergebühren (vorgesehen sind 10 000 Kabelhaushalte)

Ludwigshafen

45—55 Mio. DM
Deckung: 35 Mio. DM aus der Erhöhung der Rundfunkgebühren (s. o.)
10 Mio. DM Grundgebühren der Teilnehmer (vorgesehen sind 30 000 Kabelhaushalte)
5,5 Mio. DM Benutzergebühren/Abgaben der Programm- und Dienstveranstalter
2,8 Mio. DM Landeshaushaltsmittel

München

— bisher keine präzise Kalkulation veröffentlicht; die Kosten dürften sich auf der Höhe der Aufwendungen für das Ludwigshafener Projekt einpendeln
Deckung: 35 Mio. DM aus der Erhöhung der Rundfunkgebühren (s. o.)
? Teilnehmergebühren (vorgesehen sind 10 000 Haushalte — Grundgebühr je Teilnehmer ca. DM 20,—)
? Benutzergebühren/Abgaben der Programm- und Dienstveranstalter
? Landeshaushaltsmittel

In den für Dortmund, Ludwigshafen und München genannten Kosten sind nicht die Netzkosten berücksichtigt, die die Bundespost — als „Trägerin“ der Netzhoheit — aufzubringen hat. Zu berücksichtigen ist ferner, daß in den Aufwendungen für die Projekte Ludwigshafen und München keine Programm- und Dienstekosten enthalten sind, da diese zu Lasten der Veranstalter gehen (in Dortmund sind diese Kosten von den Projektorganisationspartnern WDR und ZDF zu tragen).

4. Teilnehmernaufwendungen

Da für diese Aufwendungen bisher keine genauen und für die einzelnen Projektorte verbindlichen Angaben vorliegen, sind die folgenden Daten als orientierende Richtwerte zu betrachten.

Anschlußgebühr an die Bundespost (inklusive Kosten für Konverter):

einmalig pro Wohneinheit 400—600 DM

Umbaukosten pro Wohneinheit 300 DM

monatliche Gebühr an die Bundespost für die Kabelbenutzung 6—9 DM

monatliche Rundfunkgebühr 16,25 DM

monatliche Grundgebühr an die Betriebsgesellschaft, Anstalt etc., die in den Projekten die Übertragung der Programme und Dienste organisiert 20 DM*)

monatliche Gebühr für Pay TV an die jeweiligen Programm- und Filmeanbieter 30 DM**)

monatliche Gebühr für Informations-, Abruf- und/oder Dialogdienste 30 DM**)

Kosten für ein TV-Gerät, das mehr als 12 Programme empfangen kann 3 000 DM

Kosten für Zusatzgeräte zum Empfang von Pay TV und Kabeldiensten (Rückkanal), der

— wenn er wie in Dortmund über das Telefonnetz geht — auch Telefongebühren erfordert 3 000 DM

Angesichts

— des aktuellen Standes der Kabelpilotprojekte, die weit von jeder „Rückholbarkeit“ entfernt sind;

— der wirksam verankerten ökonomischen und administrativen (vor allem bundespostalischen) Interessen, die klarerweise über die Grenzen der Projektorte hinausreichen (siehe dazu die Verkabelungsstrategie der Bundespost, die bundesweit orientiert ist und betrieben wird⁴⁾;

— der nachhaltigen Unterstützung, die insbesondere die Projekte Ludwigshafen und München durch die Landtagsberatungen über ein baden-württembergisches bzw. ein niedersächsisches Landesmediengesetz erhalten,

ist offensichtlich, daß sich das Kabelfernsehen in den kommenden Jahren auch in der Bundesrepublik durchsetzen wird. Wie die Situation des Kabelfernsehens in anderen westeuropäischen Ländern aussieht, soll im folgenden Kapitel gezeigt werden.

III. Einige Hinweise zur Entwicklung des Kabelfernsehens in Westeuropa

Gemessen an einigen westeuropäischen Ländern⁵⁾ ist die Bundesrepublik in Sachen „Breitbandverkabelung“ zweifellos ein Nachzügler. In diesen Staaten haben Planung und Organisation von Kabelfernsehen inzwischen einen wichtigen Platz eingenommen. Die anschließende Darstellung bezieht sich auf elf Länder und hat die Aufgabe, einen knappen Überblick über Stand und Perspektive des westeuropäischen Kabelfernsehens zu geben.

Die Verbreitung des Kabelfernsehens hat in

den hier angesprochenen Ländern 1982 das folgende Ausmaß erreicht (vgl. Übersicht 1).

Wie Übersicht 2 zeigt, soll sich der Prozentsatz der Kabelfernsehanschlüsse bis 1987 entscheidend vergrößern — vor allem in Luxemburg und Schweden.

Um die Planung und die Organisation des westeuropäischen Kabelfernsehens adäquat einschätzen zu können, ist als nächstes zu klären, von welchen gesetzlichen *Regulierungen* die KTV-Einrichtung auszugehen hat. Für

*) Angabe von der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation; von dieser Gebühr wird der größte Teil an die Programm- und Dienstveranstalter, die ein kabelprojektspezifisches Angebot offerieren, weitergegeben

**) Schätzungen, die nach Erfahrungen in westeuropäischen Ländern und den USA wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind

4) Vgl. hierzu den Aufbau des „Breitbandigen Integrierten Glasfaser-Fernmeldeortsnetzes (BIGFON)“, in dem das Kabelfernsehen mit zahlreichen anderen Diensten zusammengefaßt werden kann. Die Einrichtung von BIGFON erfolgt nach dem Prinzip einer bundesweit-flächendeckenden Verkabelung.

5) Vgl. LINK Corporation, CATV and Satellites in Europe, New York 1982.

1. Kabelfernsehen in Westeuropa 1982

	Bevölkerung in Mio.	TV- Haus- halte in Mio.	Kabel- fernseh- anschlüsse	
			in Mio.	in % der TV- HH
Belgien	10,0	2,7	2,3	85
Dänemark	5,0	2,0	0,1	5
Finnland	5,0	1,4	0,1	7
Frankreich	53,0	15,0	0,06	0,4
Großbritannien	57,0	18,0	2,5	14,0
Luxemburg	0,4	0,13	—	—
Niederlande	14,0	4,8	2,1	44,0
Norwegen	4,0	1,1	0,12	11,0
Österreich	7,5	2,3	0,1	4,0
Schweden	8,2	3,5	—	—
Schweiz	6,3	2,0	0,7	35,0

2. Kabelfernsehen in Westeuropa — Prognose für 1987 —

	TV- Haus- halte 1982 in Mio.	KTV-Anschlüsse 1987*)	
		in Mio.	in % der TV-HH
Belgien	2,7	2,4	89,0
Dänemark	2,0	1,1	55,0
Finnland	1,4	0,3	21,0
Frankreich	15,0	10,5	70,0
Großbritannien	18,0	4,2	23,0
Luxemburg	0,13	0,085	65,0
Niederlande	4,8	3,4	71,0
Norwegen	1,1	0,5	45,0
Österreich	2,3	0,25	11,0
Schweden	3,5	2,3	66,0
Schweiz	2,0	1,45	72,5
(BR Deutschland	22,0	15,0	68,0)

den vorliegenden Zusammenhang ist dabei von wesentlicher Bedeutung, auf welche Bestimmungen der *Netz- und Rundfunk(programm)kompetenz* sich das Kabelfernsehen beziehen muß und ob diese Kompetenz bisher — also im Hinblick auf das „konventionelle“ Fernsehsystem — im Rahmen eines gesetz-

*) Hier ist eine geringe Quote von Anschlüssen an Großgemeinschaftsantennen (Master Antenna-TV/MATV) eingeschlossen.

lich fixierten „*Monopols*“ betrieben wird. Die folgende Aufstellung gibt darüber Auskunft und zeigt, woran sich das Kabelfernsehen bei der Rundfunkversorgung (Kabeldienste siehe später) zu orientieren hat.

3. Netz- und Rundfunk(programm)kompetenz in westeuropäischen Staaten

	Netz- kompetenz	Monopol	Rundfunkkompetenz bisher bei			
			staatl.	öffentl.	privater Org.	Monopol
Belgien	PTT*)	+		+		-
Dänemark	PTT	+	+			+
Finnland	nicht reguliert			+	+	-
Frankreich	PTT	+	+			+
Großbritannien	PTT und andere	-		+	+	+
Luxemburg	PTT	+			+	+
Niederlande	PTT	+		+		-
Norwegen	PTT	+	+			+
Österreich	PTT	+		+		+
Schweden	PTT	+		+		+
Schweiz	PTT	+		+		+

*) PTT = Post- und Fernmeldebehörde

Die Organisation des Kabelfernsehens hat sich in den meisten westeuropäischen Ländern demnach nach zweierlei zu richten:

- nach dem Netzmonopol der jeweiligen Post- und Fernmeldebehörde, das allerdings per Lizenzvergabe an kommunale und/oder private, privatwirtschaftliche Träger „aufgeweicht“ werden kann (Großbritannien!);
- nach dem Rundfunkmonopol, das durch Gesetz staatlichen, öffentlichen („öffentlich-rechtlichen“) und privaten Trägern zugewiesen ist.

Beide Tatbestände haben einschneidende Konsequenzen für die Organisationsform des Kabelfernsehens, für dessen Netz- und Programmorganisation. Zunächst zur Netzorganisation: In den hier angesprochenen Ländern werden die Kabelanlagen durchweg (Ausnahme: Großbritannien) von der jeweiligen Post- und Fernmeldebehörde oder von einem — durch diese Behörde beauftragten — Kabelunternehmen eingerichtet. Die Anlagen selbst werden durch Träger betrieben, die per Lizenzierung durch die Post- und Fernmeldebehörde dazu ermächtigt worden sind (vorausgesetzt, die Post- und Fernmeldebehörde ist nicht selber am Betreiben einer Kabelanlage interessiert). Die Träger rekrutieren sich zumeist aus kommunalen Verwaltungen, Stiftungen und kommerziellen Unternehmen, die im Hinblick auf die — von ihnen vorgenommene — Programmübertragung an die geltenden rundfunkgesetzlichen Bestimmungen (beispielsweise „inländisches Rundfunkmonopol“) gebunden sind. In den westeuropäischen Ländern sind zur Zeit die folgenden cable operators auszumachen:

Belgien — Gemeinden, kommunale Zusammenschlüsse, kommerzielle Kabelgesellschaften wie Coditel und Radiopublic (Philips); keine staatliche Fach- oder Rechtsaufsicht für den Bereich der Programmübertragung;

Dänemark — STOFA (50 % bei Cox Cable, Atlanta/USA), Philips, Pro-CATV, Siemens, Sveistrup und weitere kleinere Kabelgesellschaften; staatlich-postalische Kontrolle;

Finnland — die kommerzielle Gesellschaft Helsinki TV Company; in Finnland gibt es bisher keine gesetzlich vorgegebenen „Anhaltspunkte“ für cable operators;

Frankreich — Télédiffusion de France (TDF),

PTT, kommunale Verwaltungen, private Gesellschaften; unter staatlicher Kontrolle und staatlichem Rundfunkmonopol;

Großbritannien — Rediffusion, Visionhire, Telefusion, Radio Rentals, Philips — kommerzielle Unternehmen unter staatlich-postalischer Kontrolle; dazu kommt noch die britische Post, British Telecom, als Kabelnetzbetreiber;

Luxemburg — Eltrona, Coditel und lokale Verwaltungen; Orientierung auf das luxemburgische Rundfunkmonopol, das per Regierungskonzession an die privatwirtschaftliche Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) vergeben ist;

Niederlande — rund 30 non-kommerzielle Organisationen (Gemeindeverwaltungen, lokale Kabelgesellschaften, Stiftungen);

Norwegen — Janco Electronics, Odd Rygh, Kabel-TV Rogaland, Grenland Kabel-TV, Elverum Kabel-TV, Trondheim Antenne-systemer, Sunnhordland Elektro; staatliche Kontrolle (über das Erziehungsministerium) und unter norwegischem Rundfunkmonopol;

Österreich — Philips (Telekabel), Siemens, Gemeindebehörden; unter staatlich-postalischer Kontrolle und österreichischem Rundfunkmonopol;

Schweden — Gemeindeverwaltungen;

Schweiz — Rediffusion, Telesystemes, Coditel, Telecommunal und eine Reihe kleinerer (kommerzieller) Unternehmen; staatliche und kommunale Kontrolle, Orientierung am schweizerischen Rundfunkmonopol.

Diese cable operators müssen durchweg pro Kabelanschluß Lizenzgebühren an die Post- und Fernmeldebehörde und/oder kommunale Verwaltungen zahlen: beispielsweise in Österreich monatlich zwei Schillinge pro Anschluß und übertragenem Programm; in Dänemark eine einmalige Zahlung von 30 Kronen (3,46 US-Dollar) pro Anschluß. Damit wird ein wesentlicher Teil der Netzinstallationskosten gedeckt (es ist klar, daß die cable operators die Lizenzgebühren auf die „Kabel-Kunden“ abwälzen, die darüber hinaus an der Netzfinanzierung auch mit einem Teil ihres Kabelbenutzungsbeitrags beteiligt sind — siehe dazu weiter unten). Die Installationskosten betragen in den meisten westeuropäischen Ländern 15 000 bis 25 000 US-Dollar pro

km Kabelverlegung und 250 bis 600 US-Dollar pro Kabelanschluß. (Es geht hierbei um die Verlegung von Kupferkoaxialkabeln; Experimente mit *Glasfasern* [fiber optics] werden zur Zeit in Frankreich, Großbritannien, Schweden und in der Schweiz vorgenommen.)

Über die Stationen der cable operators werden entsprechend der rundfunkgesetzlichen Bestimmungen einerseits die *inländischen*, andererseits jene *ausländischen Programme*

übertragen, die von der jeweiligen Kabelstation *drahtlos* empfangen werden können. Dazu kommen noch *spezielle* Veranstaltungen (*Pay TV*) und *interaktive Dienste*, die allerdings von Ort zu Ort sowohl in ihrem Ausmaß wie in ihrer Organisationsform variieren. Eine vergleichende Betrachtung der westeuropäischen Länder ergibt hierzu das folgende Bild (die Details sind in einer Übersicht zusammengestellt):

4. Programm- und Dienstangebot westeuropäischer cable operators 1982

	Programmkonäle	„Konventionelle“ Fernsehprogramme *)	Spezielle Veranstaltungen	Pay TV	Interaktive Dienste
Belgien	17—18	4 belgische 3 französische 2 holländische 1 luxemburgisches 3 britische 3 bundesdeutsche	5 Kabelstationen haben die Genehmigung, jeweils ein Lokalprogramm auszustrahlen	kein Pay TV; Interesse von Radio Television Belge an einem Pay TV-Service	keine interaktiven Dienste vorhanden oder geplant
Dänemark	6	1 dänisches 2 schwedische 3 bundesdeutsche	experimentelle Lokalprogramme werden vorbereitet	kein Pay TV; Experimente sind für 1986/87 geplant	1987/88 Einführung von Kabeltext; STOFA betreibt einige Kabelsysteme mit Zwei-Weg-Verbindungen — allerdings nur für Zwecke technischer Kontrolle
Finnland	7	2 finnische 1 sowjetisches	Helsinki TV (kommerzielles Programm); HTV Videotext; Satellitenprogramm der britischen Satellite TV (SATV), das über den Fernmeldesatelliten OTS 2 der European Space Agency ausgestrahlt wird	Helsinki TV/ Pay TV	keine interaktive Dienste; HTV hat zwar Zwei-Weg-Verbindungen, diese aber nicht genutzt
Frankreich	7	3 französische 1 bundesdeutsches 2 belgische 1 luxemburgisches	—	Videocinema, ein kommerzielles Pay TV-Unternehmen; geplant: Pay TV von Télédiffusion de France	Zwei-Weg-Experimente in Biarritz und Lille

*) = basic cable services

	Programmkanäle	„Konventionelle“ Fernsehprogramme *)	Spezielle Veranstaltungen	Pay TV	Interaktive Dienste
Großbritannien	3—6	2 BBC 1 ITV 1—3 „out of area“ — ITV-Programme	Channel 4 BBC Breakfast TV	12 „Pilot“-Pay TV-Projekte (kommerzieller Art); Pay-TV-Dienst von BBC geplant	Experimente der kommerziellen Gesellschaften Granada TV und ABG Research sowie der Selec TV mit Zwei-Weg-Verbindungen; Glasfaser-Experiment der British Telecom (Kabeltext)
Luxemburg	9—10	3—4 bundesdeutsche 3 französische 2 belgische 1 luxemburgisches	Interesse an Satellitenübertragungen durch OTS 2 (SATV)	kein Pay TV	keine interaktiven Dienste
Niederlande	2—11 (Die Mehrheit des Publikums kann 5 Programme empfangen)	2 holländische 3 bundesdeutsche 2 belgische 2 französische 2 britische	Lokalprogramme in einigen dazu regierungsamtlich autorisierten Kabelsystemen	Experimente der Verlegergruppe VNU und der Delta Kabel in Zaltbommel, Sluis und Arnhem	Experimente in Zaltbommel, Sluis und Arnhem
Norwegen	1—4	1 norwegisches 2 schwedische 1 britisches	SATV-Programm über OTS 2; Lokalprogramme von drei autorisierten Kabelgesellschaften	kein Pay TV; möglicherweise erhalten die drei Gesellschaften, die Lokalprogramme anbieten, eine Pay TV-Konzession	Experimente von Kabel-TV Rogaland und Elverum Kabel-TV mit Fernmessungen und Kabeltext
Österreich	6—7	2 österreichische 3 bundesdeutsche 1 schweizerisches 1 jugoslawisches	Interesse an SATV-Programm über OTS 2	kein Pay TV	keine interaktiven Dienste
Schweden	2	2 schwedische	1 sowjetisches Programm in Südschweden (Moskau 1)	kein Pay TV	keine interaktiven Dienste
Schweiz	12	3 schweizerische 4 bundesdeutsche 3 französische 2 österreichische		Pay TV-Service von Rediffusion	Kabeltext-Experimente von Rediffusion

*) = basic cable services

Für den Empfang dieser Programme und Dienste müssen die Kabelteilnehmer eine Reihe von Gebühren bezahlen.

5. Teilnahmegebühren für das Kabelfernsehen in Westeuropa (Juni 1982)

	Rundfunk- bzw. TV-Gebühr pro Jahr \$	Kabelanschluß- gebühr \$	Kabelteilnahme- gebühr pro Monat \$	Pay TV-Gebühr pro Monat \$
Belgien	96	27—32	5—5,5	—
Dänemark	128	74—470	1,0	—
Finnland	107	96	keine Kosten; Finanzierung durch Wer- bung	5
Frankreich	62,5	162	2,6	—
Großbritannien	82	18—27	2—3	14—18
Luxemburg	—	18—47	4—7	—
Niederlande	55	152	4	—
Norwegen	116	83—660 (je nach Anzahl der Wohnun- gen in dem zu verkabelnden Haus)	2	—
Österreich	105	159—270	4—8	—
Schweden	119	?	—	—
Schweiz	105	—	5,75 (schließt die Bezahlung für den Kabelan- schluß ein)	15

IV. Zur Organisationsform des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik: Zwischen „öffentlicher“ und „privater“ Orientierung

Gerade die Hinweise auf die Situation des Kabelfernsehens in Westeuropa machen zweierlei deutlich:

— Sie zeigen erstens, daß die bundesdeutsche Entwicklung des Kabelfernsehens nicht zuletzt durch den Druck entscheidend (mit)vorangetrieben wird, der vom bereits vorhandenen oder zügig fortschreitenden KTV-Ausbau im westeuropäischen Umfeld ausgeht. In den meisten Prognosen wird angenommen, daß in Westeuropa 1987 rund 42 Mio. Breitbandanschlüsse verlegt sein werden, davon angeblich 15 Mio. in der Bundesrepublik.

— Jene Hinweise zeigen zweitens, daß die für die westeuropäischen Länder festgestellte rasante Entwicklungsdynamik in Sachen „Kabelfernsehen“ insofern als „Wildwuchs“ stattfindet, als ein (ordnungs-)politisches Konzept durchweg fehlt, aufgrund dessen die Kabelfernseh-Technik im Hinblick auf ihre Kommunikationsmöglichkeiten und im Interesse der Kommunikationsbedürfnisse der Bevölkerung systematisch organisiert werden. Letzteres bezieht sich sowohl auf die Netzeinrichtung („Aufweichung“ des Postmonopols) und das Programm- und Dienstangebot („öffentli-

ches" Rundfunkmonopol, privatwirtschaftliche Veranstalterkonkurrenz, Widerstreit zwischen inländischen und ordnungspolitisch unterschiedlich strukturierten ausländischen Programmen) wie auch und gerade auf die Konsequenzen, die die über das Kabelfernsehen initiierten Veränderungen für die jeweilige inländische Medienorganisation insgesamt bringen werden.

Für die bundesdeutsche Entwicklung des Kabelfernsehens sollten gerade aus dem letztgenannten Punkt solche Schlußfolgerungen gezogen und vor allem in der Auseinandersetzung um die Kabelpilotprojekte berücksichtigt werden, die eine anarchische Expansion dieser Technik und ihrer kommunikativen Möglichkeiten weitgehend ausschließen. In drei Punkten zusammengefaßt heißt das:

— Die Einrichtung der Breitband-Technik sollte unter dem strikt durchgehaltenen Netzmonopol der Bundespost erfolgen. Da es hier um eine gesamtgesellschaftlich wichtige Infrastrukturmaßnahme geht, sollte dieses Monopol möglichst nicht durch eine gezielte, auf privatwirtschaftliche Träger ausgerichtete Lizenzierungspolitik der Post ausgehöhlt werden. Das würde nicht nur der systematischen Planung und Organisation der Technik zugute kommen, sondern auch die Aufrechterhaltung des — mit dem Postmonopol verbundenen — Prinzips der Netzneutralität begünstigen. In verschiedenen westeuropäischen Ländern hat sich beispielsweise klar gezeigt, daß zumeist die Unternehmen an einer Netzträgerschaft interessiert sind, die ei-

ner Programmträgerschaft ebenfalls nicht abgeneigt sind.

— Bei den über Kabel verteilten Fernsehprogrammen sollte an der verfassungsrechtlichen Verbürgung des Rundfunks als „öffentlichem Gut“ festgehalten werden. Das bedeutet, daß für alle — auch die unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten produzierten — Fernsehprogramme eine Kontrolle durch öffentlich-rechtliche Anstalten, entweder durch die bereits vorhandenen Funkanstalten oder durch eigenständige Anstalten, gelten. Hierbei sollte eine Mitgliedschaft von Veranstaltern im öffentlich-rechtlichen Kontrollgremium untersagt sein (siehe als Negativ-Beispiel die „Versammlung“ der Anstalt für Kabelkommunikation im Projekt „Ludwigshafen“).

— Die Aktivitäten der privat(wirtschaftlichen) Programm- und Diensteanbieter sollten in zweierlei Hinsicht ermöglicht werden: einmal dahingehend, daß — wie unter Abschnitt II gesagt — diese Veranstalter unter Kontrolle von öffentlich-rechtlichen Anstalten (und unter Beachtung der Situation der Lokalpresse) eigenproduzierte Programme in das Kabelnetz einspeisen können (siehe als Negativ-Beispiel die im Münchner Projekt als „Innovationsklausel“ ausgegebene Regelung, nach der privatwirtschaftliche Programmanbieter ohne öffentlich-rechtliche Kontrolle tätig werden können); zum anderen dahingehend, daß jene Veranstalter die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich, aber in Beratung mit den vorhandenen Funkanstalten und der Lokalpresse Pay TV und sonstige (interaktive) Dienste anzubieten.

„Kabel-Demokratie“ – der Weg zur Informationskultur

I. Krisensymptome *)

Es ist kaum noch zu übersehen, daß sich bestimmte, wahrscheinlich tragende Aspekte des inneren Zusammenhangs entwickelter Industriegesellschaften verändern. In zunehmendem Maße entwickeln sich unterschiedliche Lebenshaltungen, Lebensansprüche, Wertbindungen bis hin zu Artikulationsformen, die sogar unversöhnlich erscheinen. Gemeinsamkeit ist hier immer schwieriger zu erkennen, Stiftungsversuche werden immer oberflächlicher und verstärken eher Zahl und Umfang von Randpositionen, anstatt sie einbinden zu können.

Das System der Regelung gesellschaftlicher Abläufe wird durch diese Widersprüchlichkeiten enormen Belastungen unterworfen. Die repräsentative Demokratie setzt voraus, daß alle gesellschaftlich wirkenden Interessen repräsentiert werden und sich auf ein gemeinsames Verständnis zurückbeziehen können. Die sich neu entwickelnde Pluralität stellt diese Voraussetzungen in Frage, indem sie sich teilweise der Unterstellung des gemeinsamen Verständnisses entzieht und sich auch nicht selbstverständlich in den etablierten Repräsentationsformen wiederfindet. Die gewohnten Mechanismen zur Herstellung von Gemeinsamkeit sind den neuen Entwicklungen gegenüber einigermmaßen unbeweglich:

a) Die Auseinandersetzungsformen der sozialen Marktwirtschaft treffen auf neuartige Konfliktformen, aus denen heraus sie sich nicht entwickelt haben: Tarifkonflikte bilden keine Ebene für Arbeitslose; wenn Wachstumswirtschaft in engem Rahmen keine Vollbeschäftigung mehr erreichen kann, wird die Trennung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zweifelhaft; Produktivitätsfortschritte schaffen nicht mehr Verhandlungsspielräume zur Konfliktregulierung, sondern neue Kon-

flikträume; Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik stehen in einem zunächst zwangsläufig erscheinenden Widerspruch.

b) Das Konflikteindämpfungspotential eines mit wirtschaftlichem Wachstum mitgewachsenen Wohlfahrtsstaats hat Ansprüche hervorgerufen, die teilweise nur auf der Hoffnung weiteren erheblichen Wachstums beruhen können. Das soziale Netz mit seiner unüberschaubaren Verschachtelung von moralischen und gesellschaftspolitischen Rechtfertigungen, oft tages- und gruppenspezifischen Regelungen, den Interessen etablierter staatlicher Verwaltungsinstanzen, droht sich zusammenzuziehen. Jeder Versuch, mit ihm an einer Stelle Konfliktregulierung zu betreiben, schnürt an anderer Stelle Konfliktquellen auf. Rechte hätten viele, wenn nicht alle, doch wer soll sie bekommen?

c) Die repräsentative Demokratie als Grundlage von Konfliktregulierung hat Schwierigkeiten, dem Repräsentativitätsanspruch nachzukommen. Weder sind die sie ausführenden repräsentativ für die Bevölkerung, noch repräsentieren sie zu den Problemen die Meinungsverteilungen; auch gelangen viele Probleme des eigentlichen Feldes verzerrt, zu spät oder gar nicht in ihre Mechanismen. Wahlinteressen anstelle von erkennbarem Verantwortungsbewußtsein erzeugen Parteienverdrossenheit und politische Resignation, aber auch den Aufstand derjenigen, die ihre lokalen oder von den Zentralen nicht beachteten Interessen doch berücksichtigt wissen wollen.

*) Der vorliegende Aufsatz stammt aus dem Projekt INSTRAT „Informationssysteme als informationspolitisches Gestaltungspotential und gesellschaftliche Entwicklungsstrategie“ (gefördert von BMFT beim Arbeitsbereich Informationswissenschaft der Freien Universität Berlin).

II. Anforderungen an ein Kommunikationssystem

Die Neuartigkeit der Konflikte verbietet es aus sich heraus, an den Erfolg der bislang entwickelten Regulierungsmechanismen zu glauben. Werden neuartige Konflikte als altartige behandelt, muß zwangsläufig das Konfliktpotential anwachsen und sich neben der Konzentration auf die inhaltlichen Ebenen auch gegen diese Mechanismen als solche wenden. Die sozialen und kulturellen Errungenschaften, die es zu retten gilt, lassen diese Entwicklung ebensowenig als wünschenswert erscheinen wie den autoritären Ausweg des „starken Mannes“.

Die Krisenhaftigkeit bietet allerdings die Chance, hinter der Oberfläche der Probleme diejenigen Bestandteile unserer Gesellschaft zu erkennen und zu beschreiben, die — als zum „Fundus“ gehörig — für unverzichtbar und weiterentwicklungsfähig gehalten werden. Der aktuelle Ruf nach „Opferbereitschaft“ kann dann auch als Wunsch nach Verstärkung von *Solidarität*, die Veränderung der Parteien- und Willensbildungslandschaft (Bürgerinitiativen, Alternativ-Szene, Neue Soziale Bewegungen) als Notwendigkeit der stärkeren *Beteiligung* der Bürger an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, der drohende Rückzug ins Privatistische als Anforderung zur stärkeren gesellschaftlichen *Einbindung* des Individuums verstanden werden.

Wollte man in diese Richtung gehen, muß man berücksichtigen, daß damit das System der gesellschaftlichen Kommunikation, wie es sich um die Medien wie Presse, Funk, Fernsehen gebildet hat, erheblichen Belastungen ausgesetzt würde:

a) Eine stärkere Bürgerbeteiligung auch zwischen den vierjährlichen pauschalen Stimmabgaben für letztlich doch unbekanntes Sachhaltungen (etwa über Volksbegehren, Bürgerforen) erforderte eine erhebliche Intensivierung politischer Kommunikation: Aufmerksamkeit auf viele und unterschiedliche Themen lenken, Sachwissen verbreiten, Engagement wecken, sich selber artikulieren — alles dies findet in der gegenwärtigen Verfassung der Kommunikationsmittel sehr bald bereits rein technische und organisatorische Grenzen.

b) Wenn einander entgegenstehende Ziele und Interessen nicht mehr nur auf plakative Grundformen („X statt Y“) zurückgeschnitten werden sollen, sondern sich Einigungsprozesse in einem Hin und Her der Argumente und Begründungen abspielen sollen (und z. T. bereits parlamentarisch müssen), geht dies nur in Form von sachlich orientierten „Kampagnen“, die stärker in die Bevölkerung zu tragen sind, als dies etwa in den „Stellvertreter-Konfliktsendungen“ des Fernsehens möglich ist (die im übrigen auch kaum eine politische Auswirkung haben).

c) Die Interessen und Bedürfnisse der Bürger werden zunächst in ihrem eigenen (lokalen, betrieblichen) Umfeld deutlich und auch dort artikulierbar. Ihre Berücksichtigung, Filterung, Verallgemeinerung für das politische Handeln auf höheren Ebenen ist in den letzten Jahren wenig gelungen, z. T. weil die entsprechenden Voraussetzungen eines von unten (vom Lokalen) nach oben (zum Zentralen) gehenden Kommunikationsflusses fehlten.

Die Anzeichen, daß unser kommunikatives System bisher derartigen Anforderungen nicht gerecht geworden ist, sind evident:

— Das Zusammenbringen von Personen, die ein ähnliches Problem empfinden, ist — selbst mit Kopierer, Billigdruck, Telefon — aufwendig und zeitraubend. Die Folge davon ist, daß sich derartige Aktionen nur punktuell ereignen, häufig das wesentliche nicht berühren, zu spät kommen und relativ rasch ermüden. Wer auf dieser Basis „partizipieren“ will, kann dies kaum als normalen Bestandteil seines Bürgerverhaltens tun, sondern wird sehr schnell in die Rolle des „Berufspartizipierers“ gedrückt.

— Die Massenmedien sind, z. T. durch ihre Organisationsform bedingt, nur relativ schwer zu bewegen, sich dieser Artikulationen anzunehmen (erst dann, wenn sie einen gewissen Grad von Aufsehen erregen) und hinken damit nicht nur nach, sondern behindern diesen Vorgang. Ihre Ergänzung z. B. um Stadtteilzeitungen ist mühselig und aufwendig.

— Das von den Massenmedien vorgenommene Vorspielen von Konflikten und Positionen

nen, die bereits so verallgemeinert sind, daß in der Lebenswelt des Publikums kaum noch Entsprechungen auffindbar sind, führt zu einem deutlichen Trend des Entziehens: Quiz, Talkshow, Video-Recorder, Video-Spiele sind unübersehbare Fluchtburgen der Nicht-Teilnahme am politischen Geschehen.

— Der Sachgehalt der Diskussionen um Zukunftsfragen ist weit unterhalb des möglichen Niveaus; Phrasen, Bonmots, sträfliche Vereinfachungen, unrealistische Annahmen beherrschen das Feld der vorgespielten Auseinandersetzung; ein Argument gilt nicht aus seinem Sachgehalt heraus, sondern aus der Prominenz des Befragten. Diejenigen, die es vielleicht tatsächlich besser wissen (weil sie nicht

von vornherein durch Parteitaktik ein bestimmtes Ergebnis erzielen müssen), dringen kaum in diesen Diskussionskreis vor. Die Folge ist ein weiterer Zerfall von Zusammenhang: Mehr und mehr Kreise, Gruppen ziehen sich aus dieser Diskussion überhaupt zurück („denen glaube ich sowieso nicht mehr“) und bleiben in ihren kleinen Einheiten.

— Die Frustration und das Bemühen, sich doch Gehör zu verschaffen, schlagen dann häufig genug in die unterschiedlichsten Formen von Gewalt um; sei es, weil dies als letztes Mittel begriffen wird (z. B. Hausbesetzer-Szene), sei es, um wenigstens derart Aufmerksamkeit zu erregen und Gewicht zu erhalten (z. B. Startbahn West).

III. Technologische Beiträge zur Krisenbewältigung

Diese Überforderung des gesellschaftlichen Kommunikationssystems ist *auch* bedingt durch die technologischen Begrenzungen gegenwärtig vorherrschender Kommunikationsmittel. Zwar wird die Krisenbewältigung eine generelle Umstellung bisheriger Verfahren und Einstellungen erfordern, doch ist unbezweifelbar, daß ohne technologische Voraussetzungen („Sachtechnik“) Ziele wie die Verstärkung von Solidarität, Teilnahme und Engagement nicht erreichbar sein werden. Dafür sprechen etwa folgende Gesichtspunkte:

— Durch technologische Entwicklungen, internationale Verflechtungen u. ä. ist der Zeithorizont, der bei jeder politischen Entscheidung eine Rolle spielt, so erheblich erweitert worden, daß er die Kapazität des einzelnen übersteigt. Zeitübergreifende Gedächtnis- und Entscheidungshilfen sind daher bereits eine Selbstverständlichkeit: Bibliotheken und ihre elektronischen Fortsetzungen, Simulation, Folgenabschätzungen, Prognosen.

— Die Bedeutung des Raumes hat sich verändert: Entwicklungen an einer Stelle erstrecken sich in ihren Auswirkungen über große Bereiche (z. B. Saurer Regen). Räumlich voneinander getrennte Personen und Gruppen müssen sich miteinander verständigen. Das persönliche Gespräch ist dafür zwar geeignet, erfordert aber erhebliche Transportaufwen-

dungen (Reisen), so daß ein zunehmendes Bedürfnis nach schneller und komfortabler Überbrückung von Räumen besteht, wie dies beispielsweise das Telefon nur in sehr eingeschränkter Form leistet.

— Nicht alle Bürger sprechen die gleiche Sprache, haben den gleichen Bezugspunkt in der Kommunikation. Um sich über größere Räume hinweg zu verständigen, bedarf es einer Reihe von Zwischenstufen, Übersetzungen, speziellen Aufbereitungen und Darstellungsformen, Bereitstellung von Verständigungshilfen. Auch dies erfordert einen gewissen Grad an technologischer Infrastruktur.

— Die Abdeckung von Interessen, Bedürfnissen, Ansprüchen, die Voraussetzung zur Erreichung der genannten Ziele ist, läßt sich in den Massenmedien, die ihre Inhalte nur verteilen und die Abdeckung nur vorspielen, nicht erreichen. Dazu bedarf es kommunikativer Möglichkeiten, in denen jeder jeden komfortabel erreichen kann (Netze).

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten hierfür eine Reihe von zumindest technischen Möglichkeiten (deren entsprechende Nutzung damit aber noch keineswegs gesichert ist):

— Wissen kann immer umfangreicher gespeichert und immer komfortabler genutzt werden.

— Maschinelle „Intelligenz“ ermöglicht große zeitliche Flexibilität (Beispiel Video-Recorder).

— Telekommunikationsnetze ermöglichen in zunehmendem Maße die Aufnahme von Verbindungen zwischen Personen, aber auch von Personen zu maschinellen Systemen mit einer wachsenden Zahl von Wahlmöglichkeiten (Bildschirmtext ist hier nur ein erster Beginn).

— Die Verteilung von Inhalten zum gleichen Zeitpunkt an viele wird zunehmend ergänzt durch Angebote, die über Telekommunikationsnetze zugreifbar sind, aber dem Zugreifenden den Zeitpunkt, den Ort, den Inhalt überlassen. Nicht nur Datenbanken, sondern auch Bild-, Ton-, Film-Datenbanken werden möglich.

— Dabei müssen nicht nur vorfabrizierte Inhalte angeboten werden, sondern es können auch Inhalte für den Anfragenden neu produziert werden.

— Technisch muß der Benutzer nicht darauf beschränkt bleiben, nur ein Angebot anzunehmen, sondern er wird auch in der Lage sein, selber als Produzent von Nachrichten in Erscheinung zu treten.

— Für all dieses können sehr leistungsfähige Datenverarbeitungsanlagen eine Fülle von Unterstützungsdiensten leisten.

— Die dazu benötigten Endgeräte werden ebenfalls immer leistungsfähiger und dadurch billiger, daß sie immer mehr Funktionen in sich vereinigen (z. B. der Schritt vom Fernsehbildschirm zum Allzweckbildschirm).

Dieser ganze technologische Komplex wird auch als „Telematik“ bezeichnet, d. h. er ist bestimmt durch das Zusammenwachsen von Telekommunikationsnetzen und Informationstechnologien (insbesondere der *Informatik*). Es verdichtet sich der Eindruck, daß mit der Telematik die sachtechnische Richtung angezeigt ist, mit der die dargestellte, z. Zt. nicht bewältigbare Belastung des gesellschaftlichen Kommunikationssystems aufgefangen werden kann. Wohlgemerkt: Diese Technologien stellen zwar eine notwendige, aber bei weitem noch nicht hinreichende Bedingung dar. Sie werden erst dann einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten können,

wenn sie „richtig“ eingesetzt werden, d. h. zielgerichtet darauf gerichtet werden, daß sie die Defizite von Solidarität, Teilnahme und Engagement verringern. Auch wenn hier nicht darauf eingegangen werden soll, muß zumindest daran erinnert werden, daß ihr gedankenloser Einsatz als Fortsetzung der „alten“ Technologien und Organisationsformen leicht in das Gegenteil umschlagen kann, d. h. Krise gar nicht mehr anders als technokratisch-autoritär bewältigbar macht.

Tendenzen für eine zukunftsorientierte Konzeption der „Informatisierung der Gesellschaft“ als gesellschaftliche Gestaltungsvorstellung sind allerdings in Umrissen bereits vorzustellen:

a) Der *Verlust an Lokalität* läßt sich ausgleichen durch: lokale Netze der Verteilkommunikation mit Bürgerbeteiligung (z. B. kabelgebundener Lokalfunk/-fernsehen), lokale interaktive Netze mit Selbstorganisationsmöglichkeiten (etwa als identifizierbare Benutzergruppen in Bildschirmtext, computergestützte Konferenz- und Gruppenkommunikationsmöglichkeiten in lokal verfügbaren Netzen).

Damit gewinnen Fragen eine neue Qualität wie:

— Was ist außerhalb meiner unmittelbaren Umgebung: außerhalb des Rufraumes, des „Forums“, aber für diese unmittelbare Umgebung von Belang (z. B. Stadtrat).

— Was ist außerhalb meiner unmittelbaren Umgebung: außerhalb des unmittelbaren Zeitraums, des spontanen Erlebens, aber für diesen Zeitraum von Belang (z. B. die Geschichte des Stadtteils, das elektronische Archiv, die dokumentierte mündliche Überlieferung, aber auch die zukünftigen Planungsvorschläge, simulierte Stadtbilder, Szenarien für mögliche Trassenführung einer Zubringerbahn usw.).

— Was ist außerhalb meiner unmittelbaren Umgebung: außerhalb des unmittelbaren Verständnisbereiches, der spontanen Übereinstimmung, des zugänglichen Alltagswissens, aber für diese unmittelbare Umgebung von Belang (z. B. die Gründe für und gegen Blockheizkraftwerke, Möglichkeiten des Energieparens, der ökologischen Gestaltung von Hinterhöfen, die Hintergründe für Jugendrevolten usw.).

Telekommunikation sorgt demnach für Stärkung der Lokalität, indem sie Verbindungen nach „außen“ schafft und derart gerade einer „Provinzialität“ entgegenwirkt.

b) Die *Distanz* zwischen politischer Entscheidungsebene und Betroffenen läßt sich verringern durch die Öffnung der gruppengebundenen Netze für die repräsentative politische Ebene, die derart wieder in direkten Kontakt mit den Bürgern treten kann. Durch die Einbeziehung der technologischen Möglichkeiten in den Entscheidungsprozeß wird Politik auch für die Betroffenenenebene zugänglicher, durchschaubarer und beeinflubarer.

c) Der *Verlust an direkter Beziehung* der politischen Repräsentanten zu den Problemen der Menschen läßt sich zumindest teilweise durch deren technische Einbindbarkeit in die tatsächlich ablaufenden Diskussionen abbauen. Telekonferenzen u. ä. vermitteln u. U. ein präziseres Bild von sozialer Realität als Meinungsumfragen.

d) Das *zeitliche Auseinanderfallen* von politischem Denken und Handeln in den verschiedenen Sektoren einerseits und dem Handeln der Betroffenen andererseits läßt sich bei entsprechender Anlage verringern, wenn die ablaufenden Prozesse technisch aufgezeichnet und miteinander verknüpft werden.

e) Die *Unterschiedlichkeit der Interessen*, die alles so unüberschaubar macht, wird zunächst aus der Unüberschaubarkeit befreit werden können. Werden Interessen zunächst (technisch) gleichberechtigt verzeichnet, ergibt sich auch die Möglichkeit, sie leichter als grundsätzlich möglich anzuerkennen. Subjektivität bedarf auf einem bestimmten technischen Niveau nicht mehr des Filters der „Massenmedien“, um sich am öffentlichen Gespräch beteiligen zu können.

f) Die *Konfliktlösung* erhält damit als erste Stufe die Möglichkeit, Konflikte aufzuzeigen und zu beschreiben. Als zweite Stufe wird die technische Möglichkeit geliefert, den Prozeß der Austragung von Konflikten zu verfolgen. In einer dritten Stufe werden bisher nicht verfügbare Steuerungsmechanismen möglich: Simulation der möglichen Bewältigung, gleichzeitige Einschaltung von betroffenen Gruppen, Argumentationsbewertungen, umfassender Wissenszugriff werden eine echte

Auseinandersetzung möglich machen, die gegenwärtig nur vorgehandelt wird. Hier darf an die „Orakel“-Experimente erinnert werden, die als „Debattenshows“ z. Z. eine Renaissance erleben¹⁾.

Wesentliche Elemente auch heute noch tragfähiger Konzeptionen waren damals — vor gut zehn Jahren — bereits vorgedacht: Einsatz von Telekommunikation, Breitenwirkung durch Verteilmodus, Zugriff auf Datenbanken usw. Einiges müßte heute hinzugefügt oder verändert werden. Der grundlegende Unterschied aber ist heute in der „Normalität“ zu sehen: Der erreichte Komfort von Kommunikation, Dokumentation und Information über die Telematik und der Aufbau auf bestehenden Ansätzen (z. B. Telefonnetz) wird Telematik in die Lebenswelt großer Teile der Bevölkerung einschleusen. Die *Eliteninformatik*, von der auch Krauchs „Orakel“ noch geprägt war, ist, um mit Nora/Minc²⁾ zu reden, der *Masseninformatik* gewichen oder besser, sie weicht ihr: Noch sind zu einer Konfliktbewältigung mit telekommunikativer Unterstützung erst schüchterne Ansätze zu sehen.

Beispielhaft sei hier ein Szenario vorgestellt: Ein Postkunde erhält eine Telefonrechnung, die er für überhöht hält. Da über die Post keine befriedigende Aufklärung zu erhalten ist, sucht er Personen, die ähnliche Probleme haben und gibt einen entsprechenden Suchauftrag an das Netz; dieses liefert Hinweise auf einen Ausschuß des Verbraucherverbandes sowie auf zwei Arbeitskreise, die sich in seiner Region damit befassen, ferner die Adressen von Rechtsanwälten mit entsprechenden Erfahrungen. Der Postkunde nimmt über das Netz Kontakt mit dem nächsten Arbeitskreis auf, legt sein Problem dar, bekommt Hinweise auf ähnliche Fälle sowie Literaturangaben: er wird zu einer Sitzung eingeladen.

¹⁾ Anfang der siebziger Jahre konnte Helmut Krauch aktuelle Streitfragen von Experten unter Einbeziehung des Publikums im Westdeutschen Fernsehen (III. Programm) diskutieren lassen. Das Konzept findet sich heute in zahlreichen Sendereihen im bundesdeutschen Fernsehprogramm. Vgl. dazu U. Dohrmann/G. Vowe, Konfliktorientierte Informationssendungen, in: *Media-Perspektiven*, (1982) 10, S. 645—659.

²⁾ Vgl. S. Nora/A Minc, *Die Informatisierung der Gesellschaft*, Frankfurt/Main — New York 1979.

Der Ausschuß des Verbraucherverbandes hat Zugriff auf diese und ähnliche Fallsammlungen, der zuständige Bundestagsausschuß gegebenenfalls auch. Rückfragen bei Betroffenen können über das Netz erledigt, Petitionen eingebracht und die Fälle direkt dem zuständigen Bundespostsachbearbeiter zugleitet werden. Die Initiativen und Arbeitskreise nehmen untereinander Kontakt auf und fordern ein Gesetz, das konsumentenfreundlichere Geschäftsbedingungen der Bundespost anstrebt.

Hierzu wird vom betreffenden Bundestagsausschuß (bzw. einer Fraktion) ein computergestütztes Debattensystem aufgelegt, das den betroffenen Einrichtungen Gelegenheit zur organisierten Diskussion unter Einschluß der entsprechenden Experten gibt („elektronisches Hearing“). Liegt ein Gesetzentwurf vor, wird dieser in eine „elektronische Gesetzesüberwachung“ eingebracht, die den Interessierten jederzeit Überblick über den Stand der Entwicklung gibt und gegebenenfalls auch „Meinungsgruppen“ definiert, die zu Ab-

stimmungen über Streitfragen gebeten werden ...

Eine Gesellschaft zeichnet sich ab, in der die einzelnen und die Gruppen, in denen sie sich organisieren, über Netzzugangsstellen (als Heimterminal oder öffentlicher Zugang) durch leistungsfähige, integrierte Netze miteinander verbunden sind, in der ein Heimcomputer zum täglichen Leben gehört. Derartige — zunächst technologische — Perspektiven mögen erschreckend wirken, aber grundlegende technologische Veränderungen waren schon immer schwierig zu begreifen und gedanklich zu bewältigen.

Auch die alte Transporttechnologie hat bereits Raum- und Zeitflexibilität erheblich erweitert; die neue Telekommunikationstechnologie wird hier einen weiteren Schritt ermöglichen können und darüber hinaus auch zwischen den Extremen der Individual- und der Massenkommunikation einen völlig neuen Bereich der gruppenbezogenen Identifikation, Artikulation, Organisation und Einflußnahme eröffnen.

IV. Probleme

Mit der Entscheidung für eine derartige Strategie werden — wie bei jeder Entscheidung für einen Technologieeinsatz — neue Probleme entstehen:

— Zunächst ist vor der Illusion zu warnen, daß mit der Schaffung selbst einer geeigneten technologischen Grundlage (die heute noch nicht vorliegt, sondern sich erst in Umrissen andeutet) das Problem bereits gelöst sei. Mit bloßer Technik entsteht noch keine Kommunikation; dafür sind die Menschen selbst zuständig.

— Nicht jeder beliebige Technologieeinsatz ist bereits als Lösungsbeitrag zu werten: Kabelsysteme ohne Rückkanäle werden die Krise der Verteilmedien verschärfen. Die rein privatwirtschaftliche Nutzung von 20 oder 30 Verteilkanälen wird die Stiftung „gesellschaftlichen Zusammenhangs“ auf die Markenartikelwerbung beschränken, also gegenüber bisherigen Funktionen der Medien eher Defizite schaffen.

— Mit der Wahl *einer* Möglichkeit werden andere Möglichkeiten beschnitten: Ein Gewinn an Distanz kann Verlust an Nähe bedeuten; ein größerer Zeithorizont kann den Verlust von Augenblicklichkeit nach sich ziehen; ein Zuwachs an Vielfalt bedeutet auch den Verlust von Einheitlichkeit; ein Gewinn an Vernunft kann auch den Verlust an Spontaneität und Gefühl bewirken.

— Gewinne und Verluste sind aber auch betrachtbar als Gegenbewegungen, die einiges, was vielleicht gefährdet schien, wieder zu-rechtrücken. Die große räumliche Flexibilität kann dazu führen, daß der politische Zentralismusanspruch, der zur teilweisen Entfunktionalisierung lokaler Politik geführt hat, zurückgewonnen werden kann. Bessere Abstimmungsmechanismen von Entscheidungen, die gleichzeitig an vielen Orten getroffen werden (können), können zentrale Steuerung des Zusammenlebens teilweise durch eine Gemeinsamkeit des Überblicks (z. B. durch entspre-

chende Informationssysteme) ersetzbar werden lassen.

— Hier ist auch an gesellschaftliche Ausgleichsbewegungen zu denken. Das sich anbahnende Gegeneinander von naturwissenschaftlich scheinender Rationalität (angedeutet in Zahlenspielen, Modellen, Indikatoren) und subjektiver Emotionalität (Reagieren aus dem „Bauch“) könnte unter Zuhilfenahme der neuen Technologien neu miteinander vermittelt werden.

Viele der oft beschworenen Gefahren erweisen sich bei genauerer Betrachtung eher als Projektionen von Ängsten denn als notwendigerweise erwartbare schwerwiegende Beeinträchtigungen, die über das Maß an Beeinträchtigungen, die gesellschaftliches Leben zwangsläufig mit sich bringt, hinausgehen. Vieles wird sich auch ohne besondere Maßnahmen „ausregeln“ oder „einpendeln“. Allerdings kann durchaus bereits abgesehen werden, daß es eine Reihe von „Knirschpunkten“ gibt, an denen eine unbeeinflusste Entwicklung bis zu ihrer Einpegelung erhebliche soziale Kosten verursachen würde. Hier sind bereits frühzeitig Gegensteuerungen als Bestandteil einer umfassenden Strategie notwendig, etwa

a) Flucht Tendenzen, Isolation, Suchterscheinungen werden durch die neuen Technologien auch neue Anlässe und Befriedigungsformen erhalten. Hier wird eine Steuerung der anzubietenden Dienste und der technischen Möglichkeiten notwendig. Das Heimterminal darf nicht nur als Instrument des Spiels gegen eine Maschine eingeführt werden, sondern muß bereits frühzeitig voll interaktiv sein (d. h. dazu dienen, die Kommunikation *zwischen* Menschen zu unterstützen). Beratung und Hilfestellung müssen auf breiter Ebene verstärkt werden.

b) Selbstüberheblichkeit, Arroganz, Eitelkeit, die in den Verteilmedien nahezu zwangsläufig einen geeigneten Darstellungsapparat finden, können auch diese neue Spielweise erobern und die neuen Formen von Selbstdarstellung, Artikulationsmöglichkeiten, Vermittlung von Seh- und Denkweisen überwuchern. Zugangssteuerungen, Verhaltensab-sprachen, Selbstkontrolle sind hier dringend notwendige Korrektive.

c) Vorhandene ökonomische und politische Macht hat zur Nutzung der Möglichkeiten eine erheblich bessere Ausgangsposition. Die Herstellung von Bedingungen relativer Chancengleichheit ist daher vorrangiges Prinzip, z. B. durch öffentliche Zentren, Beschränkung des zulässigen Machteinsatzes, Unterstützung gesellschaftsfördernder Initiativen. Wenn dies gelingt, kann tatsächlich die von der Reise-Demokratie zur Verteilmedien-Demokratie übergegangene Form der industriellen Gesellschaft in eine Kabel-Demokratie gewandelt werden. Eine solche Ausprägung darf nicht als bloße Verstärkung der Verteilmedien-Demokratie aufgefaßt werden, sondern das soziale System stellt sich dann dar als ein interaktives Geflecht von Gruppen, das sich von Zeit zu Zeit, von Anlaß zu Anlaß als Gemeinschaft im Verständigungsprozeß erlebt.

Man kann also sehr wohl die Bildung einer kommunikationstechnischen Grundlage unterstützen, um eine Möglichkeit für veränderte gesellschaftliche Kommunikationsverhältnisse zu schaffen, wenn man sich dabei vorbehält, an bestimmten kritischen Punkten gegensteuern zu können.

Eine bloß kulturpessimistische Position allein bringt uns aus zwei Gründen nicht weiter:

— Sie argumentiert von feststehenden Werten aus und ignoriert, daß ein begründeter Wertwandel auch aufgrund technischer Entwicklung möglich sein muß.

— Sie hat eine wichtige Funktion zur Aufmerksamkeitsweckung und Warnung. Aber da es nie so verheerend ausgeht, wie sie wähnt, meint man schließlich, es sei gar nichts zu regeln, es ginge schon alles seinen Gang.

Eine kulturpessimistische Position ersetzt also weder Politik noch Forschung und Entwicklung; sie kann sie allerdings befördern und befruchten.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch die alten, bekannten Strategien zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme durch die und mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht greifen werden. Die Neuartigkeit dieser Probleme fordert ein Zusammenwirken aller derjenigen, die in diesen Problemen und Krisenzusammenhängen die Chance sehen, gesellschaftli-

che Entwicklung voranzutreiben, bisherige Begrenzungen zu überwinden, Tendenzen von Pluralismus, Demokratisierung und individueller Freiheit auf eine neue gesellschaftliche Basis zu stellen. Gefordert sind hier in den traditionellen Trägern gesellschaftlichen Handelns vor allem³⁾

— die politischen Instanzen, von denen *experimentelle Politik* gefordert wird, die vor allem ein Innovationsklima schafft, in dem sich anstelle „elektronischer Hinterhöfe“ elektronische Foren bilden können;

— die Massenkommunikationsmittel im weitesten Sinne, die die neuen Möglichkeiten innovativ selber nutzen müssen, anstatt sich an ihren bisherigen Positionen festzuklammern; ihre Verantwortung als demokratischer Faktor muß sie dazu zwingen, die neuen Formen in ihrer Herausbildung zu unterstützen und vorzuleben;

— die gesellschaftlichen Einrichtungen (Wirtschaft, Verbände, Vereine), denen mit den neuen Technologien die Möglichkeit geboten wird, sich über ihre primäre Zielsetzung hinaus auch aktiv am Geschehen der gesellschaftlichen Kommunikation zu beteiligen;

— die Bevölkerung, in der sich neue Vorstellungen vom gesellschaftlichen Miteinander artikulieren. Die „neuen sozialen Bewegungen“ sind essentiell auch Kräfte der sozialen

Basis, die tendenziell ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Einerseits gilt es, ihnen gegenüber Toleranz zu üben, wenn sie widersprüchlich und betont alternativ auftreten; andererseits ist auch von ihnen zu fordern, die Chancen, die in den Technologien liegen, zu erkennen und fruchtbar zu nutzen, statt sie pauschal zu verurteilen;

— die Wissenschaft, die an diesen neuen Problemen auch ein entsprechendes Verständnis von sich selber zu entwickeln hat: Lieferung zukunftsweisender Vorlagen anstelle des „Innadhinein-Forschens“, Arbeit mit Betroffenen anstelle neutralistischer Distanzierung, Einbeziehung von Subjektivität in den Erkenntnisprozeß anstatt realitätsferner Verallgemeinerung.

Die neuen Formen der gesellschaftlichen Organisation sind — im Hinblick auf die auf uns zukommenden Technologien — auch mit dem Schlagwort „Informationsgesellschaft“ bezeichnet worden. Wenn eine Informationsgesellschaft der konsequente Nachfolger der Moderne werden soll, dann braucht sie nicht nur eine entsprechende Kommunikationsstruktur, sondern auch und vor allem eine angemessene Weiterentwicklung ihres kulturellen Systems. Die Schaffung einer „Informationskultur“, die es uns ermöglicht, eine demokratischere Informationsgesellschaft zu entwickeln, ist die eigentliche „neue Front“, die sich allmählich in Politik, Medien, Organisationen, Bevölkerung und Wissenschaft andeutet.

³⁾ G. Wersig, Die Kommunikative Revolution. Strategien zur Bewältigung der Krise der Moderne. Manuskript INSTRAT, Berlin, 1983.

Drähte, die die Welt umspannen: die Nachrichtenagenturen

Wenn in der Golf-Region oder an der Berliner Mauer Schüsse fallen, wenn der amerikanische Präsident Ronald Reagan eine Pressekonferenz gibt oder an der New Yorker Börse die Kurse nach oben gehen, wenn in Japan ein Jumbo-Jet abstürzt oder in Indien eine Überschwemmungskatastrophe Tausende obdachlos macht — immer weiß fast die ganze Welt kurz nach dem Ereignis, was in anderen Teilen der Welt geschieht. Große Zeitungen

und Rundfunkanstalten leisten sich zwar in vielen Hauptstädten ihre eigenen Korrespondenten, doch um das Wichtigste zu erfahren, sind auch sie auf die Nachrichtenagenturen angewiesen, auf jene Einrichtungen also, die den Erdball mit einem fast lückenlosen Netz von Informanten umspannen und auf diese Weise dafür sorgen, daß wir pausenlos global informiert werden.

I. Die Entstehung von Agenturen

Die Abkürzungen der größten Agenturen sind bekannt, seit sich viele Zeitungen angewöhnt haben, die Herkunftsquellen ihrer Meldungen zu nennen: AP steht für Associated Press, UPI für United Press International, AFP für Agence France Presse und dpa für Deutsche Presse-Agentur. Nur eine der ältesten Agenturen der Welt, Reuter, kommt ohne Abkürzung aus und trägt noch heute den Namen ihres Gründers.

Julius Reuter stammte aus Kassel, war ein politisch interessierter junger Mann und kam Mitte des vorigen Jahrhunderts auf die Idee, zwischen Brüssel und Aachen Brieftauben zur schnelleren Übermittlung von Nachrichten einzusetzen. Doch dieser schwunghafte Handel mit Meldungen — es handelte sich vor allem um Börsennotierungen — dauerte nur anderthalb Jahre; dann gab es auch zwischen Brüssel und Aachen eine Telegraphenlinie, die schneller war als Reuters Brieftauben¹⁾.

Der junge Mann aus Kassel ließ sich indes nicht entmutigen. Er ging nach London und gründete dort einen Nachrichtendienst, der rasch zu einem der bedeutendsten des Kontinents aufstieg.

Der Gedanke, mit Nachrichten Geschäfte zu machen und Zeitungen, Börsianer und politische Stellen gleichzeitig mit Meldungen zu beliefern, lag vor rund 150 Jahren sozusagen in der Luft. Damals gründete der französische Kaufmann Charles A. Havas in Paris ein Nachrichtenbüro. In Berlin begann wenig später Dr. Bernhard Wolff mit den Vorbereitungen für den ersten deutschen Nachrichtendienst, der dann unter der Abkürzung WTB — Wolffsches Telegraphenbüro — bekannt wurde und fast 80 Jahre lang auf dem Nachrichtensektor in Deutschland eine Monopolstellung besaß.

Das Tempo der Nachrichtenübermittlung, die Zahl der Informationen, die Dichte des Informationsnetzes haben sich selbstverständlich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts grundlegend gewandelt, aber die Kernfrage für die Arbeit der Agenturen: — Was ist überhaupt eine Nachricht? — ist heute noch genau so schwer zu beantworten wie damals.

¹⁾ Vgl. H. Höhne, Die Geschichte der Nachricht und ihrer Verbreiter, Baden-Baden 1977, S. 65 ff.

²⁾ Zum Beispiel von G.-W. Minet, Nachrichtenagenturen im Wettbewerb, in: Kölner Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 24, Köln 1977, S. 7.

II. Nachrichten und Meinungen

Der Nestor der Publizistikwissenschaft, Emil Dovifat, der auch noch in jüngeren Dissertationen zitiert wird²⁾, hat einmal gemeint, Nachrichten seien „Mitteilungen über neue, im Daseinskampf des Einzelnen und der Gesellschaft auftauchende Tatsachen“³⁾. Nicht so griffig, aber ausführlicher ist da Roger Clause mit seiner Unterscheidung der aktuellen Information in die vier Kategorien:

1. Informationen von öffentlichem Interesse mit amtlich herausgegebenen sowie anderen allgemein nützlichen Informationen, zum Beispiel Wetterbericht, Polizeimeldungen, Lottozahlen, Sportergebnisse, die man auch als Dienstleistungsinformationen bezeichnen kann.

2. Ausführliche Berichterstattung über aktuelle Tatsachen, zum Beispiel Parlamentstagen und sonstige öffentliche Veranstaltungen.

3. Nachrichten, das heißt Meldungen über regelwidrig auftretende Tatsachen und Ereignisse, die einen Anspruch auf öffentliches Interesse haben und über Massenmedien in die Gesellschaft projiziert werden.

4. Vermischte Nachrichten, in denen Skandale, Anekdoten und Zwischenfälle eine bedeutende Rolle spielen. Sie sind nicht immer eindeutig von den Nachrichten zu trennen⁴⁾.

Wissenschaftliche Definitionsversuche des Begriffs „Nachricht“ helfen verständlicherweise dem Agenturjournalisten, der vor Ort rasch entscheiden muß, ob etwas berichtenswert ist oder nicht, wenig weiter. Da stellen sich dann recht handfeste praktische Probleme, auf die hier kurz eingegangen werden soll. Public-Relations-Berater werden beispielsweise dafür bezahlt, daß ihnen etwas einfällt, was die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein Unternehmen, ein Produkt oder eine Person lenkt. Muß nun der Agenturjournalist, der den „PR-Gag“ durchschaut,

trotzdem über das künstlich geschaffene Ereignis berichten? Konkreter: Muß die Deutsche Presse-Agentur melden, daß Berlins Innensenator zum Anstoß eines Fußballspiels im Olympiastadion mit dem Hubschrauber landete? Oder wie steht es mit der Berichterstattungspflicht über das völlig unnütze Auftreten von Politikern an Unglücksstätten? Helfen könnten sie vom Schreibtisch aus viel besser; plastische Eindrücke vom Ausmaß der Katastrophe liefert im Zweifelsfalle das Fernsehen, aber in der Spekulation auf die Nachricht vom Erscheinen am Unglücksort, die dazu noch die Betroffenheit und Anteilnahme signalisiert, pflegen Politiker zu Großbränden und Überschwemmungen, Zugzusammenstößen und Flugzeugfehlstarts zu eilen. Und zu meist geht ihre Kalkulation auf: Die Bildreporter zeigen ihn, wie er bestürzt am Tatort agiert; die Nachrichtenagenturjournalisten wiederum melden, welche Polit-Prominenz sich bei welcher Katastrophe ein Stelldichein gab.

Ein banales und zudem fast zwanzig Jahre altes, vom Grundsatz aber immer noch interessantes Beispiel mag veranschaulichen, wie schwierig es für Agenturen ist, darüber zu befinden, was meldenswert ist. Wir entnehmen den Fall einem Aufsatz des Münchner Publizistikwissenschaftlers Otto B. Roegele in der Fachzeitschrift „Publizistik“. Darin heißt es: „Am 25. Juni 1964 um 22.30 Uhr wandelten zwei Berlinerinnen von 20 und 22 Jahren zwischen Knesebeck- und Bleibtreustraße und wurden dabei von einem Bildjournalisten des ‚Stern‘ in einer Bekleidung photographiert, für die sich die Bezeichnung ‚Oben ohne‘ eingebürgert hat. Weitere Aufnahmen wurden anschließend in der Bar ‚Eden Saloon‘ gemacht. Es kam zu einer Strafanzeige gegen die beiden Photomodelle, den Bildjournalisten und einen anderen Mitwirkenden. Mitte Oktober gab die Justizpressestelle Berlin kund, daß das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt worden sei. Die Einzelheiten, die bei der Untersuchung bekannt wurden, machten das ganze, im Grunde eher komische Unternehmen überhaupt erst interessant. Es stellte sich nämlich heraus, daß die beiden Damen im ‚topless-Abendkleid‘ in Wirklichkeit eigent-

²⁾ E. Dovifat, Zeitungslehre, Bd. 1, Berlin 1962⁴, S. 54. Zur Entstehung der Trennungsnorm von Nachrichten und Meinungen vgl. K. Schönbach, Trennung von Nachricht und Meinung, in: Alberschur Kommunikation, Bd. 5, Freiburg-München 1977, S. 15.

⁴⁾ Vgl. R. Clause, Publikum und Information, Köln-Opfaden 1962, S. 15f.

lich gar nicht existiert hatten, sondern für diesen Zweck ‚gestellt‘ worden waren. Die Idee war von dem Bildjournalisten ausgegangen, die Kleider waren für diesen Zweck durch Umarbeiten normaler Abendkleider in einem Modehaus in der Uhlandstraße eigens hergerichtet worden. Auch waren sie nicht eigentlich ‚Oben ohne‘, sondern wurden so eingerichtet, daß sie, durch Ablegen eines Überkleids, jeweils nur für die paar Sekunden der Aufnahmen dergestalt verwandelt wurden... Das Ereignis, das hier geschaffen wurde, entbehrt jeder öffentlichen Bedeutung.“⁵⁾ Und dennoch verfehlte die gestellte Szene ihre Wirkung nicht, weil Deutschlands größte Illustrierte Neues aus Berlin berichten konnte, das Nachahmung fand. Zu welchem Zeitpunkt mußte nun eine Nachrichtenagentur, die nicht nur an die gestrenge Politik, sondern auch an die bunten Seiten der Zeitungen zu denken hat, das Thema aufgreifen? Daß es eine Top-Meldung gewesen wäre, wenn dpa gleich nach der Veröffentlichung im „Stern“ den Schwindel aufgedeckt hätte — keine Frage, aber soviel Zeit zum eigenständigen Recherchieren bleibt den meisten Agenturjournalisten nicht, weil sie mit der Wahrnehmung von Pressekonferenzen aller Art terminlich zugedeckt werden.

In einer Sendung des RIAS über Nachrichtenagenturen⁶⁾ hat der Berliner dpa-Korrespondent Thomas Spieker beklagt, daß die Zeit zum Nachrecherchieren zumeist zu kurz ist. Und er hat als sein Auswahlprinzip über Berichtenswertes die Maxime formuliert, mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Wünsche der Kunden berichte er auch dann über die Pressekonferenz eines Politikers, wenn er den Eindruck habe, daß eigentlich nichts Neues gesagt worden sei. Solche Situationen häufen sich naturgemäß in Wahlzeiten. Dazu Spiekers Kommentar im RIAS: „Man muß versuchen, ausgewogen zu berichten. Ehe ich jemanden ganz unterschlage, denke ich, ich muß das halbwegs informativ anbieten, was der Politiker gesagt hat, sonst gerät man in Versuchung, den einen oder anderen häufiger zu schneiden.“⁷⁾

Die genannten Beispiele sollten zeigen: Nachrichten können im Extremfall von PR-Experten arrangierte Ereignisse sein; sie können unter Ausgewogenheitsgesichtspunkten zustande kommen und auf den individuellen Wünschen der Abnehmer beruhen. Das hehre Prinzip von der allgemeinen Bedeutung einer Information für die Öffentlichkeit steht nur in den Lehrbüchern und deckt sich nicht mit der Praxis.

Eher praktische als theoretische Probleme bereitet schließlich auch die Trennung der Nachricht von der Meinung — eine Forderung, die grundsätzlich an alle Nachrichtenagenturen gestellt wird.

Die Agenturen sollen objektiv berichten. Dieser Begriff ist so alt wie umstritten, so schillernd wie begehrt; er hat unlängst noch Günter Bentele und Robert Ruoff zu einem Sammelband unter dem Titel „Wie objektiv sind unsere Medien?“⁸⁾ animiert, in dem Wissenschaftler und Journalisten zu Wort kommen. Der Göttinger Kommunikationswissenschaftler Jörg Aufermann hat in dieser Aufsatzsammlung vier Bestimmungselemente des Begriffs der journalistischen Objektivität entwickelt:

1. Sachlichkeit,
2. Überparteilichkeit,
3. Trennung von Nachricht und Kommentar,
4. nicht-manipulative, an professionell objektivierbaren Kriterien orientierte Nachrichtenauswahl⁹⁾.

So nützlich solche Umschreibungen auch sind, bei den Praktikern stoßen sie allemal auf Ablehnung — auch in dieser Aufsatzsammlung: Franz Alt nennt „Objektivität“ schlicht eine „Schimäre“, und fährt fort: „Die typisch deutsche Sucht nach ‚Objektivität‘ ist die typisch deutsche Sucht nach Pápsten, die Wahrheiten vermitteln. Es gibt in Politik und Wirtschaft aber selten die Wahrheit, es gibt fast immer Wahrheiten: linke und rechte, konservative und liberale, Gewerkschaftswahrheiten und Unternehmerwahrheiten und viele, viele Wahrheiten dazwischen. Das entspricht einer

⁵⁾ O. B. Roegele, Was dürfen die Kontrolleure?, in: Publizistik (1965) 3, S. 352.

⁶⁾ RIAS I, Bildungsprogramm, vom 22. 4. 1983.

⁷⁾ Ebd.

⁸⁾ G. Bentele/R. Ruoff (Hrsg.) Wie objektiv sind unsere Medien?, Frankfurt/M. 1982.

⁹⁾ J. Aufermann, Journalistische Objektivität und Programmausgewogenheit, in: G. Bentele/R. Ruoff, a. a. O. (Anm. 8), S. 92.

freien und pluralistischen Gesellschaft. ‚Objektiv‘ kann — vielleicht — ein Journalist sein, der fürs ‚Neue Deutschland‘ schreibt. Da gibt es nur eine Wahrheit.“¹⁰⁾ Und der NDR-Redakteur Johann-Henrich Wichmann urteilt: „Objektivität im Journalismus kann es gar nicht geben. Sie ist eine Fiktion.“¹¹⁾

Zuzugeben ist den Praktikern, daß es die Wahrheit sicherlich nicht gibt; nachdrücklich widersprochen werden aber muß der Unterstellung, die Forderung nach Objektivität sei sozusagen eine Erfindung der Wissenschaftler. Fast alle Rundfunkgesetze fordern beispielsweise mehr oder minder expressis verbis, daß die Nachrichtengebung objektiv sein soll. Das paßt gewiß nicht für Franz Alt, paßt also nicht für Magazinjournalismus, aber der Verzicht auf das Objektivitätsgebot für Nachrichtenübermittlung würde natürlich sofort die Frage nach anderen, nach besseren und überzeugenderen Kriterien aufwerfen. Sie sind nirgends in Sicht, was nicht heißen soll, daß es in der praktischen journalistischen Arbeit unendlich viel Mühe macht, sich der Objektivitätsforderung anzunähern. Der „Tageschau“-Redakteur Michael Abend hat aufgrund eigener Erfahrungen über diese Problematik anhand von konkreten Beispielen in der schon genannten Aufsatzsammlung von Bentele und Ruoff berichtet und sie in den vier Kernthesen zusammengefaßt:

„1. Die Vielschichtigkeit eines Themas begrenzt oft den Objektivitätsanspruch darauf, nichts Falsches zu berichten“ (Beispiel: Ein Drei-Minuten-Bericht über eine achtstündige Wirtschaftsdebatte im Bundestag).

„2. Produktionszwänge und Zeitnot erschweren mitunter die objektive, abgewogene Berichterstattung.“

„3. Der Objektivitätsanspruch kann sich häufig nur auf die differenzierte Wiedergabe der Nachrichtenlage, nicht aber auf das Geschehen selbst beziehen“ (Beispiel: Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan).

„4. Objektivität heißt auch, hinter die Kulissen blicken, Interessen aufdecken und benen-

nen, Gesagtes und Geschehenes relativieren.“¹²⁾

Gerade für die zuletzt erwähnte These hat Abend ein schönes Beispiel parat, das zeigt, wie unterschiedlich der Objektivitätsbegriff interpretiert wird. Abend schreibt: „Das Präsidium der Kieler Universität wies auf einer Pressekonferenz die Vorwürfe zurück, daß an der Universitäts-Kinderklinik mißbräuchlich Medikamente an Kindern erprobt worden seien. Der Kieler Tagesschau-Reporter verband diese Aussage mit anderslautenden Informationen verschiedener Agenturen sowie mit Recherchen — Ergebnissen des ‚Stern‘. Prompt kam fernschriftlich aus Kiel der Vorwurf, der Reporter habe die Pressekonferenz skeptisch bis negativ kommentiert und einen Werbehinweis auf den noch nicht erschienenen ‚Stern‘ gebracht. Dabei hatte er nichts anderes getan, als entsprechend seiner Pflicht zu objektiver, sachlicher, ausgewogener Berichterstattung alle ihm zugänglichen, sich teils widersprechenden Informationen zusammenzutragen und gegenüberzustellen. Dem Beschwerdeführer blieb verborgen, daß Gegenstand der Berichterstattung nicht der offizielle Anlaß (Pressekonferenz), sondern das Thema (Kinderversuche ja oder nein) sein mußte. Daß die Beschränkung auf die Pressekonferenz und das Verschweigen der gegenteiligen, belegbaren Informationen einseitige Berichterstattung, Nachrichtenverfälschung und Manipulation gewesen wäre. Gibt es ein besseres Beispiel für jenes fatale Mißverständnis, daß der Journalist nur das offiziell Verlautbarte wiederzugeben habe? Da ist sie wieder, die verschobene Ebene: Objektivität richtet sich nach dieser Auffassung nicht auf das, was tatsächlich geschehen ist, sondern auf das, was darüber behauptet wird. Der Journalist als Sprachrohr der Mächtigen.“¹³⁾

Wenn es, abgesehen von den Hörfunk- und Fernsehnachrichten, überhaupt eine publizistische Institution gibt, von der Objektivität erwartet wird, dann sind es die Nachrichtenagenturen. Und diese Erwartung bezieht sich nicht allein auf die Auswahl des Berichtswerten, sondern auch auf den sprachlichen

¹⁰⁾ F. Alt, Es gibt keine Objektivität oder: Nur Gott ist objektiv, in: Bentele/R. Ruoff, a. a. O. (Anm. 8), S. 205.

¹¹⁾ J.-H. Wichmann, Über die Schwierigkeiten der Wirklichkeitstreue, in: G. Bentele/R. Ruoff, a. a. O. (Anm. 8), S. 269.

¹²⁾ M. Abend, „Hast Du sie zittern sehen?“. Das Objektivitäts-Problem in der Nachrichten-Praxis, in: G. Bentele/R. Ruoff, a. a. O. (Anm. 8), S. 173.

¹³⁾ Ebd., S. 174.

Ausdruck. Um ein schlichtes Beispiel zu nennen: Normalerweise wird sich eine Agentur hüten, einen Politiker etwas „behaupten“ zu lassen — damit brächte ja die Agentur unerschwellig zum Ausdruck, daß sie Zweifel an der Richtigkeit einer Aussage hat, und diese Zweifel wird sie in der Regel nur äußern, wenn die „Gegenbehauptung“ praktisch schon vorliegt.

Im sprachlichen Ausdruck, in Benennungen beispielsweise, spiegeln sich natürlich auch

Die Bedeutung, die dem Problem der meinungsfreien und möglichst objektiven Nachrichtenübermittlung in medienpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Arbeit von Nachrichtenagenturen beigemessen wird, hängt natürlich vor allem mit der überragenden Stellung der Deutschen Presse-Agentur auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt zusammen. Zwei Zahlen mögen genügen, um diese Situation zu veranschaulichen: Einem Bericht Hansjoachim Höhnes in den „Media Perspektiven“ zufolge verzichteten von den 123 Publizistischen Einheiten 1981 nur zwei auf den dpa-Dienst, nämlich ein kleines Provinzblatt in Niedersachsen und die neugegründete „taz“, die in Berlin erscheinende „die tageszeitung“. Andererseits war damals dpa für 23 Zeitungen die einzige Agentur¹⁴⁾. Diese Monopolstellung ist leicht erklärbar: Keine andere Agentur bietet einen so breiten Nachrichtenstrom aus der Region an, der über spezielle Landesdienste zu den Redaktionen fließt.

Monopol- oder Vormachtstellung — das provoziert gleichsam die Frage nach der Unabhängigkeit der Agentur. dpa hat als Rechtsform eine GmbH, in der kein Gesellschafter mehr als 1,5 Prozent des Gesellschaftskapitals haben darf. Der Anteil aller Rundfunkanstal-

Bewußtseinsveränderungen. In den fünfziger Jahren war es gang und gäbe, von der „SBZ“, der sowjetisch besetzten Zone, zu reden; in den sechziger Jahren gab es einige, die sich als Kommunismus-Sympathisanten kritisieren lassen mußten, weil sie von der „DDR“ sprachen. Und heute wird jemand, der sich in der „Zone“ aufgehalten hat, als „Kalter Krieger“ eingestuft. Agenturen pflegen in solchen Fällen mit den breiten Meinungsströmungen mitzuschwimmen, vollziehen sprachlich nach, was bei Mehrheiten üblich geworden ist.

III. Die Vormachtstellung von dpa

ten ist auf 15 Prozent begrenzt. Gesellschafter sind vor allem einzelne Zeitungs- und Zeitschriftenverlage. Im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Agentur urteilt Gert-Walter Minet über diese Konstruktion zusammenfassend: „Mit diesem Statut soll sichergestellt werden, daß die Agentur im Besitz der Massenmedien bleibt und kein Gesellschafter durch Konzentration einen beherrschenden Einfluß auf das Unternehmen ausüben kann. Nimmt man dazu die organisatorische Trennung von Geschäftsführung und redaktioneller Arbeit, die von einem nur dem Aufsichtsrat verantwortlichen Chefredakteur geleitet wird, welcher der Geschäftsführung nebengeordnet ist, so scheint eine Gewähr für die Unabhängigkeit der Nachrichtenarbeit gegeben zu sein.“¹⁵⁾

1. Abhängig vom Großkapital?

Genau dies hat Heinz-Willi Gross neuerdings in einer größeren Arbeit über die Deutsche Presse-Agentur in Zweifel gezogen¹⁶⁾: „Die Anteile sind zwar für den einzelnen Verlag auf 1,5 Prozent begrenzt, aber mehrere zum selben Konzern gehörende Verlage dürfen durchaus als einzelne Anteilseigner auftreten. Damit erweist sich die ‚1,5-Prozent-Hürde‘ als Formalie, die letztlich dazu führt, daß die großen Verlagsgruppen aufgrund der Vielzahl

¹⁴⁾ Vgl. H. Höhne, Nachrichten im Überfluß, in: Media Perspektiven, (1981) 6, S. 492. Es kommt hinzu, daß vor allem Verlage und Redaktionen, die Zeitungen mit Auflagen bis zu 50 000 Exemplaren herausbringen, dpa-Meldungen in beträchtlichem Ausmaß unredigiert übernehmen. Vgl. Horst Holzer, Medien in der BRD, Köln 1980, S. 80.

¹⁶⁾ H.-W. Gross, Die Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt am Main 1982.

der ihnen angeschlossenen und mit ihnen kooperierenden Einzelverlage auch die höchsten Anteile am Stammkapital auf sich vereinigen können.“¹⁷⁾ In seiner weiteren Argumentation verweist Gross auf die Besetzung des Aufsichtsrats, deren Mitglieder sich „mehrheitlich aus den Repräsentanten der dominierenden Tageszeitungsverlage sowie dem verlegerischen Verbandsapparat rekrutieren“¹⁸⁾.

Mit anderen Worten: Ganz so pluralistisch, wie dpa sich selbst gerne sieht und lange Zeit auch von außen gesehen wurde, ist die Eigentums- und Machtstruktur bei dieser Agentur nicht. In ihren Entscheidungsgremien spiegelt sich durchaus etwas wider von dem Übergewicht, das Großverlage in der bundesrepublikanischen Zeitungslandschaft haben. Insofern ist es verdienstvoll, daß Gross diesen Aspekt einmal hervorgehoben hat. Den nächsten Schritt geht er aber leider in seiner Dissertation nicht: Er müßte auch inhaltsanalytisch belegen, daß die Berichterstattung von dpa zugunsten der Großverlage gestaltet wird. Solange dieser Beleg fehlt, lassen sich zwar aufgrund der Eigentümerstruktur und zumal aus marxistischer Sicht nur Vermutungen anstellen. In einem Spezialfall hat es allerdings Indizien dafür gegeben, daß der Verleger-Besitz an der Agentur auch ihre Berichte beeinflusst; dies geschah während des Druckerstreiks im Jahre 1976. Ansonsten aber reicht es zum Beweis der Abhängigkeit nicht aus, wenn man — wie Gross — darauf hinweist, daß die Gewerkschaften im dpa-Aufsichtsrat nicht vertreten sind. Man kann in diesem Fall nur die Frage stellen: Unterdrückt die Agentur aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im obersten Entscheidungsgremium Meldungen über gewerkschaftliche Aktivitäten? Läßt sie den Vertreter der Arbeitgeberseite unentwegt zu Wort kommen, ohne die Gegenseite zu berücksichtigen? Wie sieht die Berichterstattung ganz allgemein bei Streiks aus? Tauchen in den dpa-Meldungen Aussperrungen als etwas Schönes, Streiks als etwas Schlimmes auf? Antworten auf diese

¹⁷⁾ Ebd., S. 125.

¹⁸⁾ Ebd., S. 126. Auf solche und andere Zusammenhänge, die für die Unabhängigkeit der Agentur ja nicht ohne Belang sind, geht die dpa-Selbstdarstellung leider nicht ein. Vgl. 25 Jahre Deutsche Presse-Agentur, Hamburg o. J.

und andere Fragen könnten nachweisen, welche Auswirkungen die Machtverteilung in der Agentur auf ihre Nachrichten hat.

Soviel zu möglichen Abhängigkeiten vom Großkapital. Sollten sie sich bemerkbar machen, gäbe es allerdings Mechanismen, die schnell für eine Korrektur sorgen würden. Angenommen, dpa berichtete zugunsten einer bestimmten Partei. Dann würden mit Sicherheit die zu dieser Partei „in Opposition“ stehenden Zeitungen Alarm schlagen. Mit anderen Worten: Selbst wenn entgegen den Statuten bestimmte Gesellschaftergruppen die Agentur auf einen ihnen genehmen Kurs bringen wollten, müßte schon die Furcht vor der Reaktion anderer solche Überlegungen im Keim ersticken. Eine Agentur lebt nun einmal vom Renommee ihrer Unabhängigkeit. Setzt sie die leichtfertige aufs Spiel, spielt sie mit ihrer Existenz.

2. Abhängig vom Staat?

Nicht nur die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Machtgruppen, sondern auch die Abhängigkeit von staatlichen Institutionen kann für Nachrichtenagenturen in westlichen Demokratien rufgefährdend sein. Die Deutsche Presse-Agentur schloß 1951 mit der Bundesregierung einen Vertrag über die Lieferung von Nachrichten, in dem es unter anderem hieß: „Die dpa liefert für sie im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes im In- und Ausland erreichbares Nachrichtenmaterial in deutscher Sprache unverzüglich an die Bundesregierung.“ dpa verpflichtet sich zur Erweiterung des Korrespondentennetzes, während die Bundesregierung im Gegenzug ihre Auslandsvertretungen anweist, „den Auslandskorrespondenten der dpa Unterstützung zur Erlangung von Nachrichten und Informationen auch aus eigenem Material zu gewähren“¹⁹⁾.

Auch späteren Vereinbarungen lag das beiderseitige Interesse zugrunde, im Ausland präsent zu sein. Den ökonomischen Charakter unterstrich der damalige Chefredakteur Fritz Sängler in einem Begleitschreiben zur ersten Vereinbarung an die Leiter der dpa-Landesdienste: „Wo in Gesprächen auf diesen Vertrag eingegangen wird, können und sollen

¹⁹⁾ Ebd., S. 183.

Sie seinen Inhalt und sein Prinzip darlegen, nämlich seinen Charakter einer echten kommerziellen Vereinbarung, die Ware bietet und korrekt Bezahlung fordert."²⁰⁾

Wie eng sich die Kooperation freilich zuweilen gestaltete, zeigt eine Protokollnotiz zur erwähnten Vereinbarung, in der es heißt: „Die ständige Fühlungnahme der Auslandskorrespondenten der dpa mit den deutschen Auslandsvertretungen kann in besonders gelagerten Fällen auch dazu führen, daß Korrespondenten der dpa zugleich die Aufgabe eines Pressereferenten einer deutschen Auslandsvertretung übernehmen.“²¹⁾ Daraus folgert Gross zu Recht: „In einem solchen Fall könnte sich dann der dpa-Korrespondent in seiner Eigenschaft als Pressereferent das regierungsamtliche Material selbst übergeben und es anschließend als ‚objektive Nachricht‘ einer ‚unabhängigen‘ Nachrichtenagentur verbreiten.“²²⁾ Ganz gleich, ob es jemals zu einer solchen Zusammenarbeit kam oder nicht — allein die Tatsache, daß man an solche Personalunionen gedacht und sie im Gegenteil nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat, muß bedenklich stimmen. Schätzungen zufolge machen die Zahlungen der Bundesregierung an dpa im Etat der Agentur mehr als zehn Prozent aus. Wie direkt die Aufrechterhaltung der dpa-Auslandsdienste von der Subventionierung durch Interessierte abhängig ist, zeigte nach Meinung von Gross die Einstellung des französisch-sprachigen Afrika-Dienstes im Jahre 1975. Damals fror die Regierung die Zahlungen an die Agentur in der bisherigen Höhe ein. „Prompt sah sich die dpa gezwungen, die entstandene Finanzlücke von 500 000 DM durch die Einstellung des französisch-sprachigen Dienstes für das frankophone Westafrika auszugleichen. Daß es ausgerechnet diesen Dienst traf, mag wohl daran liegen, daß ein Fortfall der nachrichtlichen Präsenz in dieser Region, von den Auslandsaktivitäten deutscher Konzerne aus gesehen, am ehesten zu verschmerzen war“, urteilt Gross²³⁾.

Daß die Einstellung dieses dpa-Dienstes auch unter politischen Aspekten Interesse weckte,

und zwar im Konkurrenz-Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR, geht im übrigen aus einer Antwort hervor, die damals das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage des Bundestagsabgeordneten Norbert Blüm gab. In der Antwort hieß es: „Erkenntnisse über die Belieferung der bisherigen Bezieher des französischsprachigen Dienstes von dpa mit Informationsmaterial der Nachrichtenagentur ADN liegen nicht vor. Die sorgfältigen Beobachtungen unserer Auslandsvertretungen lassen jedoch die generelle Feststellung zu, daß auch die DDR über keine unbegrenzten personellen und finanziellen Möglichkeiten zur Erweiterung der propagandistischen Auslandsarbeit verfügt. Die DDR wird trotz Ausweitung ihrer Bemühungen wahrscheinlich nicht in der Lage sein, in allen Bereichen tätig zu werden, in denen die Bundesrepublik Deutschland aus finanziellen Gründen ihre bisherige Informationstätigkeit einschränken oder ganz aufgeben muß.“²⁴⁾

Die Gesamtproblematik eher herunterspielend, schreibt Minet über die Beziehungen zwischen dpa und der Bundesregierung: „Der Grundgedanke des Auslandswettbewerbs ist neben kommerziellen Aspekten für die Nachrichtenagentur journalistischer, für die Regierung eher politischer Art. Dieser Unterschied muß bei der Beurteilung der Förderung betont werden. Die politischen Interessen gehen nicht von der Agentur aus. Ihr wird lediglich aus politischen Gründen der Rahmen für die Auslandsarbeit geschaffen, den dpa nach den Grundsätzen ihres Statuts ausfüllt. Dadurch grenzt sie sich von den Staatsagenturen des Ostblocks ab.“²⁵⁾

Keine Frage, daß TASS oder ADN die Aufgabe haben, im Sinne der herrschenden Partei mit Nachrichten Politik zu machen, eine Aufgabe, die dpa von keiner Bundesregierung zugemutet werden könnte. dpa ist unabhängig von der Bundesregierung — trotz der Finanzmittel, die für Dienste bezahlt werden, und dennoch muß die Kooperation Agentur-Regierung immer wieder kritisch durchleuchtet werden. Das behagt zwar beiden nicht. Das

²⁰⁾ Ebd., S. 184.

²¹⁾ Ebd., S. 185.

²²⁾ Ebd., S. 185.

²³⁾ Ebd., S. 204.

²⁴⁾ Veröffentlicht in G.-W. Minet, a. a. O. (Anm. 2), S. 148.

²⁵⁾ Ebd., S. 149.

Bundespresseamt pflegt von „Amtsverschwiegenheitsverpflichtungen“ zu reden, wenn es auf dieses Thema angesprochen wird, und dpa spricht vom „Wahren des Geschäftsgeheimnisses“; aber dies kann kein Maßstab sein. Um sich gar nicht erst Verdächtigungen auszusetzen, sollten beide Vertragspartner stets für ein Höchstmaß an Transparenz in ihren Be-

ziehungen zueinander auch gegenüber der Öffentlichkeit sorgen, gerade weil es im Gesellschaftsstatut der Agentur ausdrücklich heißt, das Unternehmen erfülle seine Aufgabe „unparteiisch und unabhängig von Einwirkungen und Einflüssen durch Parteien, Weltanschauungsgruppen, Wirtschafts- und Finanzgruppen und Regierungen“.

IV. Die kleineren deutschen Agenturen

1. vwd — der „kleinere Bruder“ von dpa

Probleme der Unabhängigkeit stellen sich naturgemäß vor allem bei Anbietern von Wirtschaftsinformationen. vwd, die Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, ist im Besitz von dpa und den Spitzenverbänden der Industrie, der Banken, der Versicherungswirtschaft sowie des Groß- und Einzelhandels. Für deutsche Verhältnisse ist eine private Wirtschaftsnachrichtenagentur ein völliges Novum. Bevor im Februar 1949 vwd unter maßgeblicher Beteiligung von Industrieverbänden gegründet wurde, hatten Wirtschaftsnachrichten in Deutschland amtlichen Charakter. Vor dem Zweiten Weltkrieg stammte das Material von den deutschen Auslandsmissionen und zum Teil von Berichterstattern, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt wurden. Angesichts der Zwangswirtschaft kam man nach 1945 zunächst ohne Wirtschaftsnachrichten aus. Erst die Währungsreform weckte das Interesse der heimischen Industrie und des Auslands an ökonomischen Vorgängen und Entwicklungen in der Bundesrepublik und außerhalb der Grenzen. So kam es im Februar 1949 zur Gründung der Vereinigten Wirtschaftsdienste, die sich durch enge Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsdienst der Agentur Reuters gleich den Zugang zu Wirtschaftsdaten in der ganzen Welt sicherten.

Ohne enge Tuchfühlung mit anderen Spezialagenturen wäre vwd auch heute nicht in der Lage, die Informationsbedürfnisse seiner Klientel zu befriedigen. Die Daten des nordamerikanischen Marktes beschaffen die Wirtschaftsdienste Dow Jones und Commodity News Service; die Schweizer Telekurs AG, nach eigenen Angaben die weltweit größte Datenbank auf dem Wertpapier-Gebiet, versorgt vwd mit den Börsennotierungen.

Das Gros der Kunden stellen mittlere und Großunternehmer. Im Vergleich zu ihnen — es sind ungefähr 6 500, die zur Stammkundschaft zählen²⁶⁾ — spielen die Zeitungs- und Rundfunkredaktionen als Abonnenten eine untergeordnete Rolle.

Ziel der Agentur ist es nach den Worten ihres Chefredakteurs Käckenhoff, zu dem Dienst zu werden, der „die Informationsbedürfnisse der deutschen Wirtschaft als deren Spezial-Agentur erfüllt.“²⁷⁾ Das ist ein hoher Anspruch, der zugleich eine Antwort auf die Frage verlangt, wie es denn mit der Objektivität der vwd-Meldungen bestellt ist.

Kritiker meinen: nicht zum besten. Angaben über Dividendenausschüttungen und Zinsentwicklungen, Börsenkurse und Marktnotierungen lassen sich nicht manipulieren; ansonsten aber ist fast alles, was an Nachrichten aus der Wirtschaft stammt — und das weiß eigentlich auch jeder, der im Wirtschaftsleben steht —, recht eng mit der Quelle verbunden, aus der die Meldung stammt. Jahresabschlüsse sowie Gewinn- und Verlustangaben eines Unternehmens sagen normalerweise recht wenig über die tatsächliche Lage aus, und da über die Tendenz in Unternehmen weit verbreitet ist, die Dinge in einem besseren Licht erscheinen zu lassen, als sie sind, ist es für eine Agentur ein schwieriges Unterfangen, der Wahrheit nahe zu kommen, zumal für eine Agentur wie vwd, bei der als Folge der Besitzverhältnisse die Wirtschaft insgesamt „ein Wörtchen“ mitzureden hat.

vwd-Journalisten vorzuhalten, sie ständen im Auftrage der Industrie, wäre sicherlich eine

²⁶⁾ Angaben nach R. Hügler, Nachrichtenagenturen, in: *Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft*, (1982) 12, S. 5.

²⁷⁾ Ebd., S. 6.

schlimme Übertreibung; daß es indes für sie besonders schwierig ist, Erfolgsmeldungen von Firmensprechern unter den Tisch fallen zu lassen, deren Seriosität sie bezweifeln, liegt auf der Hand.

2. Kleine Agentur — große Sorgen: ddp

Zwar besitzt dpa auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt eine Vormachtstellung, aber kein Monopol. Sie muß sich unter anderem dem Wettbewerb der jüngsten deutschsprachigen Nachrichtenagentur stellen, dem Deutschen Depeschen Dienst (ddp).

Als die große amerikanische Agentur United Press International 1971 ihren deutschsprachigen Dienst einstellte, sah man eine Chance für die Fortsetzung ihrer Arbeit in einer Neugründung, die sich ganz bewußt von der wichtigsten Konkurrenz, von dpa, absetzen sollte.

ddp berichtet — auf einen kurzen Nenner gebracht — „farbiger“ als die Deutsche Presseagentur. Hansjoachim Höhne kommt in seinem zweibändigen Report über Nachrichtenagenturen zu dem Ergebnis: „Der Inlandsdienst von ddp hat durch eine bewußte Personalisierung von Informationen einen neuen Stil der Nachrichtenpräsentation entwickelt. ddp forciert Meldungen, bei denen nicht das Ereignis, sondern die Meinung einer politischen Persönlichkeit dazu in den Mittelpunkt gerückt wird. Dadurch erscheint das Geschehen für den Abnehmer lebendiger, und für den Nachrichtenlieferanten ist diese Art der Informationsgabe lukrativ, da sie seine Ansicht publik macht. Die Agentur ist dadurch zu einem gesuchten Veröffentlichungsorgan geworden, da sie dem Selbstdarstellungsbedürfnis der Politiker entgegenkommt.“²⁸⁾

Agenturen sind dazu da, um Schlagzeilen für Zeitungen von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignissen zu liefern. Abweichend von dieser Normalfunktion einer Agentur machte ddp allerdings im Frühjahr 1983 selbst Schlagzeilen. Am 31. März mußte die Agentur ihren Nachrichtenbetrieb schließen und Konkursantrag beim Bonner Amtsgericht stellen. Dies machte schlaglichtartig

auch einer breiten Öffentlichkeit deutlich, daß Agenturen Wirtschaftsunternehmen sind. Kurze Zeit nach dem Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens nahm ddp jedoch wieder die Nachrichtensendungen auf. Die Agentur, die ursprünglich die Rechtsform einer GmbH mit einem Gründungskapital von 250 000,— DM hatte, an der auch die Mitarbeiter beteiligt waren, wurde in eine Aktiengesellschaft umgebildet. Das Aktienkapital an der neuen Firma beträgt 1 Million DM. Unter den 38 Aktionären sind Bezieher und Mitarbeiter des Dienstes, unter anderem das „Flensburger Tageblatt“ und der Bochumer „Effekten-Spiegel“ des Verlegers Bolko Hoffmann.

Bei den schwierigen Verhandlungen zur Fortführung des Unternehmens spielte auch die Frage eine Rolle, ob es gerecht sei, daß dpa zwischen 1971 und 1982 aus Presseamtsmitteln für die im In- und Ausland erbrachten Leistungen insgesamt 108 Millionen DM erhalten habe, ddp im gleichen Zeitraum aber nur 5,6 Millionen DM. Selbst unter Einrechnung der völlig unterschiedlichen Größen der Agenturen (ddp erscheint neben dpa seit jeher als Medienzweig) habe sich in dieser finanziellen Zuwendung „keine proportionale Gleichbehandlung“²⁹⁾ widerspiegelt, erklärte ddp-Geschäftsführer Manfred Jacobowski einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge.

Nach Meinung von Insidern soll ddp bislang nur zwei Jahre mit Gewinn gearbeitet haben. Daß sich der Dienst aber immerhin zwölf Jahre lang überhaupt gegenüber der übermächtigen Konkurrenz von dpa behaupten konnte, beweist nach Ansicht von Dieter Brumm „seine Beweglichkeit“³⁰⁾. Brumm lobt, der Deutsche Depeschen Dienst sei unbürokratischer und deshalb manchmal auch schneller als dpa, aber er schränkt auch ein: „Andererseits reichten die Kräfte oft nicht für die notwendigen Recherchen; so geriet die Agentur in den Ruf, nicht immer zuverlässig zu sein.“ Viele Abbestellungen gab es auch wegen der schlechten Qualität der Auslandsberichterstattung. Kürzlich hat der neue

²⁸⁾ H. Höhne, Die Situation auf den Nachrichtenmärkten der Welt, Baden-Baden 1977, S. 50.

²⁹⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 20. 4. 1983, S. 3.

³⁰⁾ Dieter Brumm, Klein, aber nicht oho, in: Vorwärts v. 14. 4. 1983, S. 27.

Chefredakteur Norbert Hoyer, speziell auf dieses Manko angesprochen, Besserung gelobt. Ab Sommer 1984 will ddp neben dem

World News Service (Chicago), ADN und TASS auch Dienste der „Times“, des „Observer“ und der BBC beziehen.

V. Die drei westlichen Weltagenturen

Neben dpa, ddp und vwd bemühen sich drei westliche Weltagenturen um Kunden in der Bundesrepublik. Am erfolgreichsten von ihnen operierte bislang die deutsche Tochter der amerikanischen Agentur Associated Press (AP). Die deutsche Tochter hat die Rechtsform einer GmbH und gehört zu 100% der amerikanischen Mutter, die ihrerseits von Zeitungsverlagen getragen wird. Die Agentur schreibt über sich selbst: „Strikte Objektivität und bei kontroversen Themen die Beachtung des journalistischen Imperativs, auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen, sind oberster Grundsatz für alle Mitarbeiter der AP. Schnelligkeit in der Nachrichtenübermittlung ist wichtig, noch wichtiger war für AP stets, daß die Nachrichten ein korrektes, ungeschminktes und unparteiisches Bild von Ereignissen, von Personen und Entwicklungen geben.“

Die amerikanische Agentur wird in der Bundesrepublik von 63 Publizistischen Einheiten, also von Tageszeitungen, die ihren Mantel in eigener Regie herstellen, von sieben Zeitschriften, 14 Rundfunkanstalten sowie zwölf anderen Kunden bezogen. Weltweit zählt die Agentur für ihre Dienste rund 13 500 Abonnenten in 110 Ländern, darunter 1 390 Zeitungen und ungefähr 5 000 Rundfunkanstalten.

Fragt man die Abonnenten nach den Pluspunkten der AP, so fällt vor allem ein Stichwort: komprimiert. In der Tat berichtet die amerikanische Agentur, was sicherlich auch an ihrer weltweiten Verbreitung liegt, knapper als beispielsweise dpa. Nebensächlichkeiten fallen unter den Tisch, so daß vor allem Zeitungen, die unter Platznot leiden, und die Nachrichtenredakteure in den Rundfunkzentralen gerne zu AP greifen.

Im deutschsprachigen Gebiet konkurrieren mit dem amerikanischen Dienst noch Reuter und die französische Agentur Agence France Presse (afp). Beide beschränken sich in den Inlandsmeldungen auf das Allerwichtigste

und versuchen, dpa auf dem Felde der Auslandsberichterstattung zu schlagen.

Ende 1971 startete Reuter noch als ausländisches Unternehmen seinen deutschsprachigen Dienst. Am 19. Mai 1978 wurde Reuter mit der Eintragung als GmbH ins Handelsregister in Frankfurt eine 100%ige deutsche Tochter des Weltunternehmens. Den Austauschvertrag mit vwd und die Anteile an dieser Agentur von damals einem Drittel kündigte Reuter zum 31. Dezember 1978. Seither haben die Engländer die Wirtschaftsberichterstattung aus und für Deutschland in eigener Regie übernommen. In Großbritannien, wo die Agentur gleichfalls als Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingetragen ist, sind vier Gruppen von Verlegern die Eigentümer: die Newspapers Publishers Association des Vereinigten Königreichs, die Press Association des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland, die Australische Associated Press und die Neuseeländische Press Association.

Die Eigentümer haben sich, wie es in einer von Hugle zitierten Selbstdarstellung heißt, verpflichtet, sicherzustellen, daß die Gesellschaft „nicht in die Hände einer einzelnen Gruppe übergeht oder von den Interessen eines einzelnen abhängig wird; ihre Integrität Unabhängigkeit und nachrichtliche Ausgewogenheit bewahrt; expandiert, sich fortentwickelt und ihre Geschäftspolitik so ausrichtet, daß eine führende Stellung in der Welt behauptet werden kann.“³¹⁾

In letzter Zeit ergaben sich nach jahrelangen bescheidenen Gewinnen respektable Einnahmen. Branchenkenner sehen in diesem positiven Trend eine Folge der Einführung diverser elektronisch gesteuerter Informationsdienste im Wirtschafts- und Finanzbereich. Angesichts der immer größer werdenden Gewinne wird jetzt erwogen, Reuter in eine Aktienge-

³¹⁾ R. Hugle, a. a. O. (Anm. 26), S. 6.

sellschaft umzuwandeln. Statusänderungen der Agentur können aufgrund des „Reuters trust agreement“ von 1953 nur mit Zustimmung sämtlicher Teilhaber diskutiert werden.

Agence France Presse (afp), organisiert als öffentlich-rechtliche Körperschaft, spielt als Weltagentur in der Bundesrepublik eine untergeordnete Rolle. Die Franzosen haben

Verglichen mit dem relativ großen Kundenkreis, den die westlichen deutschsprachigen Weltagenturen auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt erobert haben, fällt die Nachfrage nach Informationen östlicher Nachrichtenagenturen recht gering aus. Telegrafnoje Agenstwo Sowjetskowo Sojusa, also TASS, beliefert mit dem deutschsprachigen Dienst, der über das Netz von ddp an die Kunden vertrieben wird, vier Rundfunkanstalten und die beiden Agenturen ddp und dpa. Dennoch wird niemand bestreiten können, daß TASS eine Weltagentur ist. Schließlich sind die Meldungen aus der Moskauer Zentrale für etwa 30% der Weltbevölkerung die einzige Nachrichtenquelle. Neben TASS gibt es in der Sowjetunion als zweite Agentur noch „Nowosti“, eine Agentur, die sich fast ausschließlich mit Auslandspropaganda befaßt und deren Funktionen in einer sowjetischen Buchveröffentlichung so umschrieben werden: „Indem sie die Devise der APN-Information für den Frieden, für die Freundschaft unter den Völkern verwirklichen, sehen die Journalisten der Agentur ihre Pflicht darin, die Maßnahmen der Friedensfeinde und Feinde des sozialistischen Fortschritts, der Vertreter des Kalten Krieges und der Aggression zu entlarven; den ideologischen Diversanten die Maske vom Gesicht zu reißen, unabhängig davon, ob es sich um gewöhnliche bourgeoise Sowjetfeinde oder neumodische Verleumder handelt — um Helfer Solschenizyns, zionistische Rassisten oder penkingsche Fälscher.“³²⁾

³²⁾ P. Roth, Die sowjetischen Nachrichtenagenturen, in: Neue Zürcher Zeitung v. 8. 6. 1978, S. 5.

hierzulande ganze 17 Kunden, Reuter hingegen 43. afp ist bei keiner Zeitung Erst- oder Zweitlieferant, sondern wird nur von Blättern mit drei oder mehr Agenturen bezogen. Journalisten, besonders Nachrichtenredakteure bei Rundfunkanstalten, unterstreichen, daß die Agentur besonders dann ein zuverlässiges Informationsmedium ist, wenn es um Nachrichten aus den ehemals von Franzosen besetzten Gebieten geht.

VI. TASS und ADN

Ebenso wie „Nowosti“ hat selbstverständlich TASS vorrangig politische Funktionen. Als offizielle staatliche Einrichtung, die direkt dem Ministerrat der Sowjetunion untersteht, ist sie bestrebt, mit Nachrichten Politik zu machen. Das entspricht der kommunistischen Doktrin, derzufolge alle Nachrichten einen propagandistischen Charakter haben müssen. TASS berichtet unentwegt über die Erfolge des sozialistischen Systems und den Aufbau nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und registriert mit ähnlicher Akribie die Mißerfolge des kapitalistischen Systems — mit der Folge, daß TASS beispielsweise ein USA-Bild entwirft, das außer Demonstrationen und brutalen Polizeieinsätzen, Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit nur einen helleren Punkt zeigt: die Aktivitäten der in den USA völlig bedeutungslosen Kommunistischen Partei.

Wichtige innenpolitische Ereignisse schweigt TASS oft einfach tot; über sowjetische Raumflüge berichtet die Agentur zumeist erst dann, wenn sie erfolgreich abgeschlossen wurden — eventuelle Mißerfolge sollen der Bevölkerung möglichst verheimlicht werden.

Diese Arbeitsprinzipien gelten selbstverständlich auch für ADN, den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst, den in der Bundesrepublik neben zwei Zeitungen alle deutschsprachigen Nachrichtenagenturen abonniert haben. Nach einer Verordnung des Ministerrats der DDR vom 14. Juli 1966 ist ADN die Aufgabe zugewiesen, aktuell und parteilich in Wort und Bild zu informieren³³⁾. Parteilich bedeutet nach Lesart der SED, daß die Bürger der DDR ein wissenschaftlich fun-

³³⁾ Vgl. H. Höhne, a. a. O. (Anm. 28), S. 105.

diertes, auf einer marxistischen Analyse beruhendes Weltbild bekommen, so daß sie Erkenntnisse und Informationen richtig einordnen können. ADN soll demnach zur Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins aller Schichten der Bevölkerung beitragen.

VII. Vernachlässigte Dritte Welt

Der Vorwurf des Westens gegenüber den Nachrichtenagenturen kommunistisch regierter Länder, einseitig und parteilich zu berichten, wird selbstverständlich auch in umgekehrter Richtung erhoben. Damit nicht genug: Auch viele Länder der Dritten Welt sind mit dem, was AP und AFP, UPI und Reuter berichten, nicht zufrieden. In der Tat machen Meldungen aus Ländern der Dritten Welt im Gesamtnachrichtendienst der großen westlichen Agenturen nur einen Bruchteil aus. Die Kritik beschränkt sich aber nicht auf das Quantitative, sondern reicht weiter. UPI, AP, AFP und Reuter wird vorgeworfen, nicht von einem neutralen Standort aus zu informieren, sondern nach einem westlichen Wertsystem, sozusagen aus euro-amerikanischer Sicht. Sie überschwemmten die Welt mit Nachrichten, benutzten das Wort vom „freien Informationsfluß“ als gesellschaftlichen Mythos zur Legitimation eigener wirtschaftlicher Interessen. Die großen Agenturen müssen deshalb, so die häufig geäußerte Schlußfolgerung der Länder der Dritten Welt, gezwungen werden, mehr Nachrichten von ihnen abzunehmen und zu verbreiten.

Tatsächlich gibt es — global gesehen — in den Informationsströmen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, das sich vor allem in den Nachrichten der Agenturen widerspiegelt. In größeren Zusammenhängen hat sich mit dieser Problematik die UNESCO beschäftigt. Sie beauftragte 1976 eine Kommission unter Leitung des irischen Nobelpreisträgers Sean McBride damit, einen Bericht über Fragen der Kommunikation in modernen Gesellschaften auszuarbeiten. 1980 zog die Generalkonferenz der UNESCO in Belgrad aus dem McBride-Bericht Folgerungen. Sie verabschiedete eine Schlußresolution, in der die Bausteine für

Für westliche Agenturen sind TASS und ADN trotz ihrer parteilichen Berichterstattung unentbehrliche Quellen. ADN-Meldungen haben stets amtlichen Charakter; sie spiegeln das wider, was das Zentralkomitee der SED veröffentlicht haben möchte.

eine Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung enthalten sind.

Die Neue Ordnung, von der seither viel die Rede ist, von der wir aber noch ein weites Stück entfernt sind, sollte sich nach Ansicht der Weltorganisation auf folgende Überlegungen stützen: „1. Beseitigung der Unausgewogenheit und der Ungleichheiten (zwischen Industrie- und Entwicklungsländern), welche die gegenwärtige Lage charakterisieren. 2. Beseitigung der negativen Wirkungen bestimmter Monopole, seien sie öffentlich oder privat, und übermäßiger Konzentration. 3. Beseitigung von inneren und äußeren Hindernissen für einen freien Informationsfluß und eine erweiterte und ausgewogenere Verbreitung von Informationen und Ideen. 4. Vielfalt von Quellen und Informationskanälen. 5. Presse- und Informationsfreiheit. 6. Freiheit für Journalisten und alle professionellen Mitarbeiter von Kommunikationsmedien, eine Freiheit, die nicht von Verantwortung getrennt werden kann. 7. Die Kapazitäten der Entwicklungsländer, ihre eigene Lage zu verbessern; dazu gehört, daß sie ihre eigenen Produktionsmittel beschaffen, daß sie Personal ausbilden, daß sie ihre Infrastruktur verbessern und daß sie Informations- und Kommunikationsmittel ihren eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen anpassen. 8. Der aufrichtige Wille der entwickelten Länder (den Entwicklungsländern) zu helfen, diese ihre Ziele zu erreichen. 9. Achtung vor der kulturellen Identität jedes Landes und des Rechts eines jeden Landes, die Weltöffentlichkeit über seine Interessen, seine Ziele, seine sozialen und kulturellen Werte zu informieren. 10. Achtung vor dem Recht aller Völker, am internationalen Informationsaustausch auf der Basis von Gleichheit, Gerechtigkeit und gegenseitigen

Nutzen teilzunehmen. 11. Achtung für das Recht der Öffentlichkeit, das Recht von Volks- und gesellschaftlichen Gruppen und das Recht des einzelnen, Zugang zu Informationsquellen zu haben und aktiv am Kommunikationsprozeß teilzunehmen.“³⁴)

Ein großes Programm, fürwahr, das gleich in mehreren Punkten die Arbeit der Nachrichtenagenturen anspricht. Da geht es einmal um die Beseitigung von Hindernissen für einen freien Informationsfluß. Zeitungen in der DDR dürfen eben nicht, um ein schlichtes Beispiel zu nennen, einen anderen Nachrichtendienst als ADN beziehen. Das Vorrecht, die Meldungen von dpa auszuwerten, genießt nur ADN. Umgekehrt ist es in der Bundesrepublik keiner Rundfunkanstalt und keinem Presseorgan verwehrt, den Nachrichtendienst der DDR-Staatsagentur zu abonnieren; daß es, wie wir gesehen haben, fast niemand tut, hat keine politischen, sondern ökonomische Gründe.

Die von der UNESCO beschlossene Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung spricht sich für die Freiheit der Journalisten aus — ein Punkt, der die westlichen Nachrichtenagenturen direkt bei der Berichterstattung aus kommunistischen Ländern betrifft. Die in Ost-Berlin, Moskau, Prag oder Warschau akkreditierten Korrespondenten sind, wie in politischen Spannungszeiten immer wieder deutlich wird, in ihrem Bewegungsspielraum von vornherein erheblich eingeschränkt. Insofern vermitteln auch die Berichte westlicher Agenturen über die Situation in kommunistischen Staaten nur Teilausschnitte der Realität.

Trotz vieler Drähte, die die Welt umspannen, bleibt also unser Wissen über Entwicklungen und Ereignisse gerade in kommunistischen Staaten recht lückenhaft. Informationsdefizite bestehen jedoch auch — der McBride-Bericht spricht es deutlich aus — im Hinblick auf die Länder der Dritten Welt. Die Afrikaner haben kürzlich gehandelt. Zwanzig Jahre nach dem Grundsatzbeschuß, den jungen afrikanischen Staaten eine unabhängige Nachrichtenzen-

trale zu geben, vier Jahre nach der offiziellen Gründung und drei Jahre nach dem ursprünglich angepeilten Starttermin hat die Panafrikanische Nachrichtenagentur, die Pana, am 1. April 1983 in Dakar im Senegal ihren Betrieb aufgenommen. Die Pana ist ein Werk der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), die allerdings wegen innerer Spannungen erhebliche Schwierigkeiten hatte, das große gemeinsame Ziel zu erreichen, die Vermittlung von Informationen über Vorgänge in Afrika nicht mehr ausschließlich den europäischen und amerikanischen Nachrichtenagenturen zu überlassen.

Die Pana wird finanziell unterstützt durch die Internationale Fernmeldebehörde, ein Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und der UNESCO. Das „Neue Deutschland“, das SED-Zentralorgan in Ost-Berlin, kommentierte die Agenturgründung im April dieses Jahres auf seine Weise: „Das ist zweifellos ein weiterer Erfolg im Streben der afrikanischen Staaten, sich von imperialistischer Bevormundung freizumachen, neokolonialistische Störversuche abzuwehren und das vom Kolonialismus hinterlassene Erbe zu überwinden.“ Daß auch ADN und TASS in der Vergangenheit bemüht waren, ihre Meldungen auf dem afrikanischen Kontinent unterzubringen und damit die Entwicklungsländer politisch zu beeinflussen, wurde von der Zeitung nicht erwähnt.

Der Direktor der Pana, Scheich Ousmane Diallo, hat einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge die Bildung der Agentur so begründet: Die Weltagenturen seien in den letzten zwanzig Jahren immer mächtiger geworden und hätten ihre Macht ausgenutzt, um Nachrichten auszutauschen, zu verarbeiten und zu verbreiten, die oft nicht im Interesse der afrikanischen Länder gelegen hätten. Die Welt erfahre zu wenig über die Ereignisse in Afrika, und die spärlichen Meldungen seien überdies auf ein verwöhntes Publikum zugeschnitten. Kein einziges afrikanisches Land könne sich ein Sendernetz leisten, daß es ihm erlaube, seine Nachrichten täglich an fünfzig andere afrikanische Länder zu schicken. Kein afrikanisches Land sei in der Lage, darüber hinaus seine Nachrichten in aller Welt zu verbreiten. Kein afrikanisches Land habe schließlich die Kapazität, als

³⁴) Zit. nach: R.-W. Dill, Die UNESCO macht sich stark. Auf dem Weg zu einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung, in: Medien, (1981) Sonderheft, S. 9.

gleichrangiger Partner im Gegenzug Welt-
nachrichten von den Großagenturen zu über-
nehmen. Die Pana sei daher eine Institution
von mehr als medienpolitischer Bedeutung:
Sie trage allein durch ihre Existenz dazu bei,
den afrikanischen Föderalismus neu zu bele-
ben.

Um einen besseren Informationsaustausch in-
nerhalb der Dritten Welt und mit den Indu-
striestaaten bemüht sich seit 1964 die in Lateinamerika gegründete Agentur Inter Press Service (IPS). IPS hat seit Januar 1981 auch ein deutsches Tochterunternehmen in Bonn, aber nur wenige Kunden. Außer dem WDR und Radio Bremen sowie der Deutschen Welle beziehen nur die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ in Essen, das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die Wochenzeitung „Die Zeit“ und das linke Berliner Blatt „Die Tageszeitung“ die Meldungen des Dienstes, der weltweit über 400 Zeitungen und Rundfunkanstalten beliefert.

Im Gegensatz zu den anderen Agenturen haben bei IPS Hintergrundberichte über Entwicklungen des wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und religiösen Lebens in Entwicklungsländern den Vorrang vor Tagesnachrichten. Laut Statut fühlt sich die Agentur dabei dem Pluralismus der Meinungen verpflichtet — ein schwieriges Unterfangen, wenn man an

die recht unterschiedlichen politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern denkt und berücksichtigt, daß die Gründung der Agentur auf Freunde und Mitarbeiter der *Democratia Christiana* in Italien und Anhänger des langjährigen chilenischen Präsidenten und späteren Oppositionsführers Eduardo Frei zurückgeht. Das hat IPS den Ruf eingetragen eine rechtsorientierte Agentur zu sein, doch inzwischen hat sie sich von der ursprünglichen Richtung gelöst. Geblieben ist hingegen ihre bis heute einmalige Organisationsform: Die Agentur gehört 76 Journalisten, die mit Anteilsscheinen das Unternehmenskapital aufgebracht haben. Und obwohl es sich dabei um ein rein privates Unternehmen handelt, bestimmt die Satzung, daß keine Gewinne ausgeschüttet werden; Überschüsse werden zurückgelegt oder für Investitionen verwendet.

Inter Press Service vertreibt täglich rund sechstausend Wörter in der Bundesrepublik über die Nachrichtenagentur ddp. Unterstützt werden die Bemühungen der Agentur, einen Beitrag zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles zu leisten, durch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der IPS als Entwicklungshilfeprojekt läuft. Ziel dieser Förderung ist es, der Agentur den Start zu erleichtern und sie möglichst rasch in die Lage zu versetzen, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen.

VIII. Schlußbemerkungen

Generell bleibt festzuhalten: Die Informationen, die von Nachrichtenagenturen verbreitet werden, sind nicht so objektiv, wie sie auf den ersten Blick zu sein scheinen. Auch auf dem Markt der Nachrichten spielen politische und wirtschaftliche Gründe und Abhängigkeiten eine Rolle. Nachrichten sind Waren, die verkauft werden, je nach politischem System mit kommerziellen oder politischen Absichten. Dies erklärt auch, warum bestimmte Regionen selbst heute noch — nachrichtenmäßig betrachtet — weiße Flecken sind, Gebiete, die das weltweite Netz der Weltagenturen nicht erfaßt.

Andernorts leidet man wiederum unter dem Nachrichtenüberfluß, an der „Nachrichtenver-

schmutzung“, die beispielsweise dadurch entsteht, daß Agenturen auch dann noch über die Ausführung eines Politikers berichten, wenn sie nicht mehr als die zwanzigste Wiederholung früherer Darlegungen sind.

Auf den Nachrichtenmarkt der Bundesrepublik bezogen wirkt sich natürlich die Möglichkeit, daß einzelne Kunden von Agenturen das täglich eingehende Material aller Dienste miteinander vergleichen können, außerordentlich positiv für den Endverbraucher, also die Leser, Hörer und Zuschauer, aus. Zum einen wird sich aufgrund des Konkurrenzdrucks jede Agentur davor hüten, in den Geruch der Parteilichkeit und Manipulation zu geraten — einmal als halblinks oder halb-

rechts, als regierungsfremd oder der Opposition nahestehend eingestuft, müßte jede Agentur in Kürze mit einem Kundenschwund rechnen. Zum anderen zwingen die Vergleichsmöglichkeiten die Nachrichtendienste zu höchster Aktualität — eine Agentur, die erst einmal in den Ruf geraten ist, immer die letzte zu sein, wird es schwer haben, ihre Klientel zu halten. So sorgt in einem hohen

Ausmaß der Satz „Die Konkurrenz schläft nicht“ bei den Agenturen in der Bundesrepublik dafür, daß die Redaktionen schnell und präzise mit Informationen versorgt werden. So ergibt sich trotz aller Manipulationschancen und Nachrichtendefizite, trotz aller Lücken, die das weltweite Nachrichtennetz hat, für die Bürger der Bundesrepublik eine insgesamt erfreuliche Schlußbilanz.

Michael Schmidbauer: Kabelfernsehen in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern

Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/83, S. 3—13

Das Thema „Kabelfernsehen“ enthält einen Teil jener Probleme, die aktuell mit der Entwicklung und der Kombination von Computer-, Kabel- und Bildschirmtechnik anstehen. In der Bundesrepublik wird das Kabelfernsehen mit den Kabelpilotprojekten in Berlin, Dortmund, Ludwigshafen und München starten — neben einigen ebenfalls kommunalbezogenen Versuchen beispielsweise in Baden-Württemberg oder auch in Niedersachsen. Hauptstreitpunkte der Projekte sind die Finanzierung und die Organisationsform. Ein Vergleich mit einigen westeuropäischen Staaten zeigt, daß die Expansion des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik hinter der Entwicklung in diesen Ländern erheblich nachhinkt. Ein solcher Vergleich zeigt aber auch, daß der Zug zu ungehemmter Privatisierung sowohl im Hinblick auf die technische Einrichtung der Kabelanlagen (Netzträgerschaft) wie im Hinblick auf die Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten (Programmträgerschaft) zu einem politischen, kulturellen und finanziellen Chaos führen kann. Deshalb ist gerade für den Auf- und Ausbau des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik mit Nachdruck zu klären, ob die Privatisierung und — im Endeffekt — Kommerzialisierung der Netz- und Programmträgerschaft wie politisch geplant vorangehen soll, oder ob nicht besser doch die Lehren aus der westeuropäischen Entwicklung zu ziehen sind. Dies würde bedeuten, daß das Postmonopol der Netzträgerschaft bestehen bleibt und für die Programmträgerschaft eine öffentlich-rechtliche Organisation des „Rundfunksektors“ sowie eine Kommerzialisierung allenfalls für die „Nichtfunk-Dienste“ versucht wurde.

Gerhard Vowe/Gernot Wersig: „Kabel-Demokratie“ — der Weg zur Informationskultur

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/83, S. 15—22

Das politische System zeigt eine Reihe von Krisensymptomen. Dahinter wird die Möglichkeit der Weiterentwicklung von Demokratieformen deutlich, die allerdings durch die Leistungsfähigkeit des auf Medien beruhenden Systems der gesellschaftlichen Kommunikation nicht unterstützt wird. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten hier mit ihren in Umrissen erkennbaren Leistungsmerkmalen eine wesentliche technologische Unterstützung an. Die Entwicklung einer „Kabel-Demokratie“ wird allerdings erhebliche Probleme mit sich bringen, zu deren Bewältigung neue Formen des Zusammenwirkens von Politik, Medien, Organisationen, Bevölkerung und Wissenschaft notwendig sind. Es stellt sich die Aufgabe der Herausbildung einer „Informationskultur“ als Grundlage der post-modernen Informationsgesellschaft.

Hermann Meyn: Drähte, die die Welt umspannen: die Nachrichtenagenturen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/83, S. 23—37

Die Informationen, die von Nachrichtenagenturen verbreitet werden, sind nicht so objektiv, wie sie auf den ersten Blick zu sein scheinen. Auch auf dem Markt der Nachrichten spielen politische und wirtschaftliche Gründe und Abhängigkeiten eine Rolle. Nachrichten sind Waren, die verkauft werden, je nach politischem System mit kommerziellen oder politischen Absichten. Dies erklärt auch, warum bestimmte Regionen selbst heute noch — nachrichtenmäßig betrachtet — weiße Flecken sind, Gebiete, die das weltweite Netz der Weltagenturen nicht erfaßt. Andersorts leidet man wiederum unter dem Nachrichtenüberfluß, an der „Nachrichtenverschmutzung“, die beispielsweise dadurch entsteht, daß Agenturen auch dann noch über die Ausführungen eines Politikers berichten, wenn diese lediglich Wiederholungen früherer Darlegungen sind.

Auf dem Nachrichtenmarkt der Bundesrepublik wirkt sich natürlich die Möglichkeit, daß einzelne Kunden von Agenturen das täglich eingehende Material aller Dienste miteinander vergleichen können, außerordentlich positiv für den Endverbraucher aus. Zum einen wird sich aufgrund des Konkurrenzdrucks jede Agentur davor hüten, in den Geruch der Parteilichkeit und Manipulation zu geraten. Zum anderen zwingen die Vergleichsmöglichkeiten die Nachrichtendienste zu höchster Aktualität. So sorgt in einem hohen Ausmaß der Satz „Die Konkurrenz schläft nicht“ bei den Agenturen in der Bundesrepublik dafür, daß die Redaktionen schnell und präzise mit Informationen versorgt werden. Trotz aller Manipulationschancen und Nachrichtendefizite und trotz aller Lücken, die das weltweite Nachrichtennetz hat, ergibt sich so für die Bürger der Bundesrepublik eine insgesamt erfreuliche Schlußbilanz.